

Deutschland im 19. Jahrhundert

Ein Überblick von Felix Heckert

Inhalt

	Seite
1. Preußens Niederlage.....	3
2. Erneuerung Preußens.....	4
3. Befreiungskriege.....	5
4. Wiener Kongreß.....	6
5. Frühkonstitutionalismus in Süddeutschland.....	7
6. Das Militärkabinett.....	8
7. Der Deutsche Bund.....	8
8. Die Burschenschaften.....	9
9. Das Wartburgfest.....	9
10. Die Karlsbader Beschlüsse.....	10
11. Das Hambacher Fest.....	11
12. Heilige Allianz.....	12
13. Der Deutsche Zollverein.....	12
14. Der Schlesische Weberaufstand.....	13
15. Badische Revolution.....	15
16. Die Deutsche Revolution.....	16
17. Unionspolitik.....	19
18. Krimkrieg.....	19
19. Die „Neue Ära“.....	20
20. Der Konflikt in Oberitalien.....	20
21. Der Heereskonflikt.....	20
22. Bismarck (1815 - 1898).....	22
23. Bismarck'scher Bonapartismus.....	24
24. Handelsverträge.....	24
25. Der Deutsch - Dänische Krieg 1864.....	25
26. Der Deutsche Krieg von 1866.....	25
27. Norddeutscher Bund.....	26
28. Die Ära Delbrück (1867 - 1876).....	26
29. Der Deutsch-Französische Krieg.....	27
30. Bismarck'sche Sozialpolitik.....	27
31. Die Gründung des Deutschen Reiches.....	28
32. Der Kulturkampf.....	28
33. Entlassung Bismarcks.....	30
34. Der Panslawismus.....	30
35. Deutschland nach Bismarcks Entlassung.....	31
36. Könige in Preußen (seit 1772 von Preußen).....	32
37. Deutsche Reichskanzler.....	32
38. Quellenangaben.....	32

1. Preußens Niederlage

Trotz der Bedrohung durch die Französische Revolution begegnete man in Preußen einer möglichen Übertragung des Revolutionsgedankens oder gar der Gefahr gegenüber einem militärisch begabten Napoleon mit konservativer Lethargie. Während des durch von Hardenberg 1795 in Basel geschlossenen Sonderfriedens mit Frankreich wäre noch Zeit gewesen, die Niederlage 1806 gegen Napoleon aufzuhalten. Wichtige Reformen im Staats- und Militärapparat konnten nur im Ansatz vom regierenden Friedrich Wilhelm III. und seinen preußischen, seit 1801 arbeitenden, General Gerhard Johann David von Scharnhorst durchgeführt werden. Daneben besaß Preußen zu dieser Zeit keine staatlichen oder militärischen Abkommen mit anderen Staaten außer einem Defensivbündnis mit Russland.

Reforminkompetenz und politischer Egoismus führten in Preußen neben der Ansicht eines fortwährenden, sieg- und ruhmreichen, preußischen Heeres zur Niederlage gegen Napoleon. Noch bevor es zur Konfrontation mit Preußen kam, errichtete Napoleon am 12. Juli 1806 nach dem dritten Koalitionskrieg den Rheinbund zwischen 16 süd- und südwestdeutschen Fürsten. Diese konnten sich unter französischem Protektorat vom Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation loslösen und für souverän erklären. Als Gegenleistung für den Schutz und Gebietserweiterungen hatten die Fürsten Truppenkontingente für die „Große Armee“ zu stellen.

Auf Grund einer Territorialverletzung in Ansbach seitens französischer Truppen erklärte Preußen Napoleon Ende September 1806 den Krieg. Zur Überraschung Deutschlands begann der französische Vormarsch am 8. Oktober 1806 aus Oberfranken nach Berlin. Napoleon gelang es die preußischen Verbände voneinander zu isolieren und am 14. Oktober 1806, bei Jena persönlich und bei Auerstedt durch Marschall Davout, vernichtend zu schlagen. Am Abend dieses Tages verfügte Preußen praktisch über keine Streitkräfte mehr.

Während der preußische Hof über Königsberg nach Memel in Ostpreußen floh, zog Napoleon am 27. Oktober 1806 in Berlin ein. Zunächst ließ er eine Kontinentalsperre errichten, um England vom europäischen Handel fernzuhalten. Weiterhin schlossen sich nach der preußischen Niederlage Würzburg, Sachsen sowie die übrigen mittel- und norddeutschen Kleinstaaten dem Rheinbund an, sodass er 36 Staaten mit mehr als der territorialen Hälfte des untergegangenen Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation umfasste, welche etwa 120.000 Soldaten an Napoleon stellten. Die Staaten Österreich, Preußen, Kurhessen und Braunschweig hielten sich jedoch weiterhin fern. Als Russland zusammen mit wiederhergestellten, preußischen Truppen am 7. und 8. Februar 1807 in den Konflikt eingriff, konnte zunächst ein Unentschieden bei Preußisch-Eylau erkämpft werden. Bald darauf musste jedoch nach vernichtenden Niederlagen der russische Zar Alexander I. Friedensverhandlungen ersuchen. Durch die Intervention Russlands konnte in den folgenden, von Napoleon diktierten Friedensverträgen Preußens staatliche Existenz gerettet werden. Dessen Reichsgebiet wurde auf die Kernprovinzen Brandenburg, Ostpreußen, Pommern und Schlesien reduziert.

2. Erneuerung Preußens

Nachdem Preußen so nahe an der Auflösung stand und wohl letztendlich weniger durch Russland als vielmehr durch kniefällige Bitten der preußischen Königin Luise gerettet werden konnte, musste auch der hochkonservative Adel, nun ratlos, einsehen, dass die Napoleonische Besatzung nach dem Vorsatz *ne quid novi fiat* (Cicero) nicht abgewendet würde. Daher traten Reformeure wie der Reichsfreiherr und Jurist Karl vom und zum Stein, General Gerhard Johann David von Scharnhorst und die sich um diesen befindenden Offiziere August Graf Neidhardt von Gneisenau, Carl von Clausewitz und Hermann von Boyen in den politischen Vordergrund. König Friedrich Wilhelm III. berief nicht aus Überzeugung von der Person als der Notwendigkeit von Reformen am 30. September 1807 den im selben Jahr, entlassenen Minister des Akzise-, Zoll-, Fabrik- und Handelswesens in Berlin, Stein, zum leitenden Minister. Daneben rieten dem König Karl August Reichsfreiherr von Hardenberg und Napoleon dazu. Stein zögerte nicht seine Reformideen sofort in die Tat umzusetzen. In dem Edikt vom 9. Oktober 1807 legte er die Bauernbefreiung und die Aufhebung ständischer Beschränkungen fest. In der Städteordnung vom 19. November 1808 werden alle städtischen Gemeinden Selbstverwaltungsrechte gegeben. Wichtig für die Neustrukturierung der staatlichen Verwaltung wurden die Verordnungen vom 24. November 1808, in denen ein Staatsministerium mit Fachministern das Generaldirektorium ersetzte. Damit konnte die Trennung von Justiz und Verwaltung realisiert werden. Steins Reformen sollten die persönliche Freiheit, Selbstverwaltung und Vermögensbildung ermöglichen, damit die Bürger an den Staat gebunden sind, der ihnen jene Rechte garantiert und schützt. Steins Pläne einer Landesgemeindeordnung strukturiert mit Kreislandtagen, Provinziallandtagen und Reichsständen konnten nicht mehr umgesetzt werden, da er auf Nachdruck Napoleons am 24. November 1808 nun zum zweiten Mal aus dem Staatsdienst entlassen wurde. Der adligen Opposition war Stein in Preußen schon länger ein störendes Element, ein „Landesverderber“ durch seine vielen, neuartigen Reformen. Bevor Stein entlassen wurde, konnte er den Bund Friedrich Wilhelms III. mit Napoleon vom 8. Oktober 1808 auf dem Erfurter Fürstenkongress nicht verhindern. Karl August Reichsfreiherr von Hardenberg, der vor Stein von April bis Juni 1807 führender Minister war, übernahm das Amt ab 1810 als Staatskanzler wieder und war damit der maßgebende Leiter der preußischen Politik bis zu seinem Tode am 26. November 1822. Zu seinen wichtigsten Reformen zählen die Finanzedikte von 1810, die Vereinheitlichung des Finanz- und Steuerwesens und die Beseitigung feudaler Privilegien ermöglichten, das Regulierungsedikt von 1811, das die Bauernbefreiung anstrebte. 1810 führte er die Gewerbefreiheit ein. 1812 verabschiedete er das Gendarmerieedikt für eine staatliche Kreisverwaltung. Im selben Jahr folgte die Judenemanzipation. 1813 begann er vorsichtig die Beteiligung Preußens an den Befreiungskriegen einzuleiten.

Ähnlich wie Stein und Hardenberg reformierte auch Scharnhorst das Militärsystem. Er erreichte einen königlichen Erlass am 3. August 1808, der Nichtadligen den Zugang zum Offiziersberuf und die Abschaffung körperlicher Prügelstrafen sowie Spießrutenlaufen durchsetzte, daneben „jeden Untertanen des Staates ohne Rücksicht auf die Geburt“ zum Militärdienst verpflichtete.

3. Befreiungskriege

Der preußische Offizier Ludwig Graf Yorck von Wartenburg führte zunächst das preußische Hilfskorps im Russlandfeldzug Napoleons gegen Russland, unterzeichnete jedoch bald, ohne Genehmigung des Königs, am 30. Dezember 1812 mit dem russischen General I. von Diebitsch die Konvention von Tauroggen, nach der Preußen offiziell aus dem napoleonischen Krieg gegen Russland ausschied. Inoffiziell hingegen schuf Yorck die Grundlage für die russisch-preußische Allianz.

Dazu kam die Tatsache siegreicher Aufstände seit 1808 in Spanien und der Tiroler 1809. Stein brachte Russland dazu, Napoleon über die russische Grenze hinaus zu bekämpfen. Preußen und Russland schlossen zunächst ein Militärbündnis am 28. Februar 1813 in Kalisch, das außerdem beider Länder Grenzen garantierte. In diesem Bündnis verpflichteten sich beide Länder zur gemeinsamen Aufstellung eines 230.000 Soldaten umfassenden Heeres, das die französischen Truppen besiegen sollte.

Für das preußische Heer wurde auf Scharnhorsts Empfehlung dem 70 Jahre alten Blücher der Oberbefehl übertragen.

Am 15. März erklärte Preußen offiziell den Krieg an Frankreich. Nach erfolgreichen Kämpfen gegen Napoleon wurde der Waffenstillstand von Pischwitz zwischen Preußen, Russland und Frankreich errichtet.

Bald darauf jedoch schlossen sich Österreich, England und Schweden am 14. Juni 1813 in den Verträgen von Reichenbach den Verbündeten an. Bedeutende Siege wurden am 23. August bei Großbeeren, am 26. August an der Katzbach, am 30. August bei Kulm und Nollendorf, am 6. September in Dannowitz und in der Völkerschlacht bei Leipzig vom 16. bis 18. Oktober errungen. Nach der Völkerschlacht bei Leipzig standen seitens Napoleon 160.000 Mann gegenüber 255.000 von der Koalition.

Deutschland trug dabei, wie auch in den anderen Befreiungskriegen, die Hauptlast. Im Oktober wird mit Fortschreiten der Kriege der Rheinbund aufgelöst.

Während Napoleon sich im November 1813 auf das linke Rheinufer zurückzog, weiterhin jedoch jegliche Friedensangebote ablehnte, überschritt Blücher in der



*Gebhard Leberecht von Blücher,
Fürst von Wahlstatt*

Nacht vom 31. Dezember 1814 den Rhein und zog am 31. März 1814 mit den Verbündeten in Paris ein. Napoleon ging zunächst nach Elba ins Exil, nachdem er am 11. April 1814 abdankte. Im Ersten Pariser Frieden am 30. Mai 1814 wurden Frankreich die Grenzen von 1792 zugewiesen.

In der folgenden Neuordnung Europas konnte die Erwartung der freiwilligen Soldaten, die gegen die französische Besatzung kämpften, die einer deutschen nationalen Einheit, nicht erfüllt werden.

4. Wiener Kongreß

Napoleons hauptsächlich ordnungspolitische Hegemonialpolitik verschob die Machtverhältnisse gewaltsam, der die unterlegenen europäischen Monarchen nicht zustimmten. Nachdem Napoleon besiegt und der Rheinbund aufgelöst wurde, konnten sich die Großmächte Europas nicht auf Antrieb über die territoriale Neuordnung einigen. Während Russland Anspruch auf den größten Teil Polens erhob, wollte Preußen ganz Sachsen annektieren, da der



Europa nach dem Wiener Kongreß

von Napoleon zum König erhobene Friedrich August I. auf der Seite Napoleons stand. Österreich, England und Frankreich waren jedoch dagegen und schlossen am 3. Januar 1815 ein Bündnis gegen Preußen.

Der Wiener Kongreß tagte vom 18. September 1814 bis zum 9. Juni 1815 in Wien unter Führung des österreichischen Staatskanzlers Fürst Met-

ternich. Daneben stand die Versammlung unter starkem Einfluss Russlands und Englands. Preußen war dabei vertreten durch König Friedrich Wilhelm III., Fürst Hardenberg und Wilhelm Freiherr von Humboldt, England durch Castlereagh, später durch Wellington, Frankreich durch Talleyrand.

Zum einen sollte der Wiener Kongreß die vorrevolutionäre Ordnung restaurieren, zum anderen musste das Kräftegleichgewicht zwischen Preußen, Russland, Österreich, Frankreich und England, der so genannten Pentarchie, wiederhergestellt werden. Dazu wurden die zwei wichtigsten Streitfragen gelöst: Russland bekam *Kongreßpolen*, den Hauptteil des Herzogtums Warschau auf Kosten Preußens. Das hingegen bekam als Ausgleich für Verzicht auf die komplette Annexion Sachsens und für kleinere Territorialabtretungen an Bayern und Hannover den größeren, nördlichen Teil Sachsens, weiterhin das Rheinland (Kur-Trier, Kur-Köln, Aachen, Jülich und Berg), Westfalen und Pommern (Schwedisch-Pommern, die Provinz Posen und Westpreußen mit Danzig und Thorn). Durch die Eingliederung der Rheinländer, deren Kohle- und Eisenerzvorkommen sowie deren industrieller Unternehmungen weitete sich die Industrialisierung aus, machte dagegen auch Reformen notwendig. Österreich gab seine Gebiete am Oberrhein sowie die österreichischen Niederlande auf, bekam dafür durch das Lombardo-Venezianische Königreich die Macht über Italien, mit Galizien und der Bukowina Einfluss im Donauraum. Norwegen wurde von Dänemark losgelöst und mit Schweden vereinigt. Durch den Zweiten Pariser Frieden vom 20. No-

vember 1815 wurden Frankreichs Grenzen auf den Stand von 1789 festgelegt. Die Grenzen der ehemaligen süddeutschen Rheinbundstaaten wurden mit Österreich durch Sonderverträge geregelt. Diese Feststellungen wurden als Ende des Wiener Kongresses in der Wiener Schlussakte von den Großmächten signiert.

In Frankreich bestieg Ludwig XVIII. als Bruder Ludwigs XVI. 1814 den Thron und erließ zunächst eine liberale Verfassung (Charte Constitutionnelle), bevor er von Napoleon für „100 Tage“ seiner Macht beraubt wurde. Napoleon machte sich die allgemeine Unbeliebtheit des Bourbonenkönigs zunutze und reiste nach Cannes. Als dies auf dem Wiener Kongreß bekannt wurde, schloss man die Kongreßakte am 9. Juni 1815. Bei Waterloo fand die Entscheidungsschlacht der Befreiungskriege am 18. Juni 1815 statt. Darin kämpfte Napoleon zum letzten Mal vergeblich gegen englische Truppen unter Wellington und zur Hilfe eilenden preußischen Verbänden unter Blücher. Die damalige Allianz zwischen England und Preußen wird Belle Alliance genannt. Napoleon wurde nach St. Helena interniert, wo er am 5. Mai 1821 stirbt. Napoleon Bonaparte wurde 1840 im Pariser Invalidendom beigesetzt.

5. Frühkonstitutionalismus in Süddeutschland

Nach dem Sturz Napoleons im Jahre 1814 übernahm König Ludwig XVIII. die Regierung. Er wurde durch Napoleons Cent Jours (hundert Tage) unterbrochen, richtete jedoch eine Verfassung, die Carte constitutionnelle ein. Das Parlament bestand aus zwei Kammern. Die Mitglieder der ersten wurden vom König ernannt (in der Regel besitzender Adel), diejenigen der zweiten wurden nach dem Zensuswahlrecht gewählt (in der Regel gebildetes und besitzendes Bürgertum). Die Regierung war dem Parlament jedoch nicht verantwortlich. Weiterhin sollte der bestehende Staatsapparat unverändert bleiben während Menschen- und Bürgerrechte wie eine unabhängige Rechtssprechung nun ausdrückliche Garantie erhielten.

Da diese Verfassungsform die Monarchie beibehält und zugleich Bruchstücke des bürgerlich-liberalen Gedankens integriert, wurde sie Vorbild für die frühkonstitutionellen Verfassungen in Süddeutschland. So für die erste Verfassung 1816 in Sachsen-Weimar (oktroiert), später 1818 in Bayern (oktroiert¹) und Baden (oktroiert), 1820 in Hessen-Darmstadt (oktroiert), 1819 erstmals zwischen Fürst und Ständevertretung ausgehandelt in Württemberg.

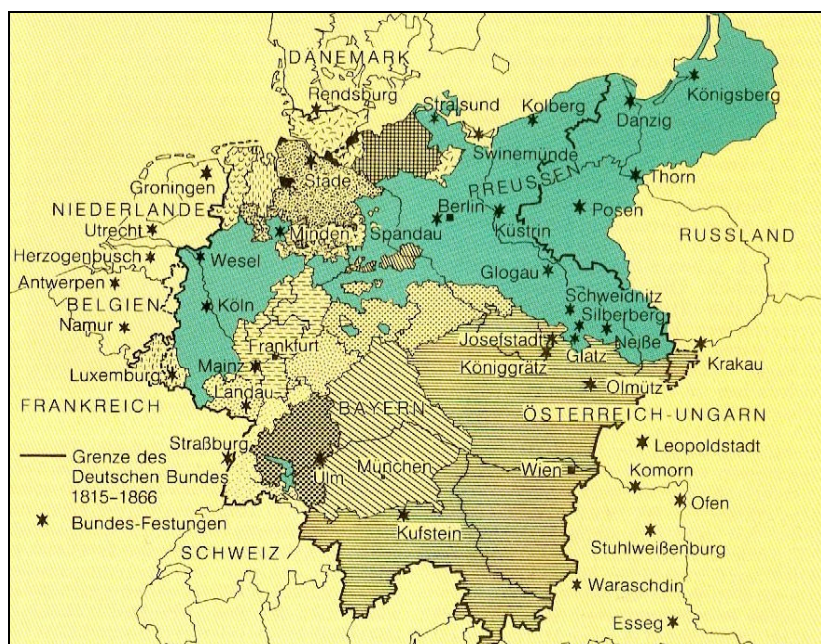
Die süddeutschen Verfassungen wiederum wurden Vorbild für die heutige Staats- und Gesellschaftsordnung: Auf dem Grundsatz der Gewaltenteilung und der Gleichheit sollte Meinungs-, Presse- und Berufsfreiheit sowie eine Ausdehnung der Gewerbefreiheit nach Friedrich List erfolgen. Formal wurden alle Bürger zu Ämtern zugelassen und zu Wehr- und Steuerdienst verpflichtet. Der Landtag hatte jedoch nur das Recht der Steuerbewilligung, der beratenden Mitwirkung bei der Gesetzgebung und das Recht der Beschwerde beim Fürsten. Damit fehlte das Recht der Gesetzesinitiative und die direkte Einflussmöglichkeit auf die Regierung. In Baden war darüber hinaus jeder Bürger aktiv wahlberechtigt, passiv nur mit ausreichenden Steuerleistungen.

¹ oktroiert: vom Fürsten verordnet

6. Das Militärkabinett

Das Militärkabinett bestand zwischen 1787 und 1918 in Preußen als eine dem König direkt unterstellte Einrichtung zur Organisation militärischer Angelegenheiten. Nach häufigen Unstimmigkeiten mit der Regierung und dem Kriegsministerium agierte das Militärkabinett von letzterem ab 1883 völlig unabhängig. Die Führung des Militärkabinetts stand mit der des Zivilkabinetts in einer politisch erheblichen Verbindung, die mit dem konstitutionellen System unvereinbar war. Die Basis dieser Interaktion bildete das Recht zum unmittelbaren Vortrag beim Monarchen.

7. Der Deutsche Bund



Der Deutsche Bund

Der Deutsche Bund wurde im Rahmen der Wiener Kongressakte in der Bundesakte vom 8. Juni 1815 festgelegt. Von 1815 bis 1866 umfasste er 35 (zuletzt 31) souveräne deutsche Fürstentümer und vier Freie Städte, insgesamt etwa 30 Millionen Einwohner. Das Bundesgebiet enthielt die Teile Österreichs und Preußens, die bis 1806 Teil des Heiligen Römischen Reiches

Deutscher Nation gewesen waren. Dazu kam Hannover (England), Holstein (Dänemark) sowie Luxemburg und Limburg (Niederlande). Durch die Vormachtstellung der Pentarchiestaaten war das einzige politische Organ des Deutschen Bundes, der Frankfurter Gesandtenkongreß, konservativ ausgerichtet und unflexibel. Der Gesandtenkongreß stand unter der dualistischen Leitung Preußens und Österreichs. Die Souveränität der Fürsten war dadurch sehr eingeschränkt. Zur Verteidigung wurde ein Bundesheer mit etwa 550.000 Soldaten aus je drei preußischen wie österreichischen, gemischten, Armeekorps ohne einheitliche Führung eingerichtet. Artikel 13 der Bundesakte konnte nicht verwirklicht werden. Dieser sollte landständische Verfassungen der Gliedstaaten ermöglichen. Auch ein Bundesgericht konnte nicht errichtet werden. Daneben konnten die Einzelstaaten jedoch über ihre eigene Wirtschaftsgesetzgebung verfügen. Der Deutsche Bund wurde durch die Deutsche Revolution 1848/1849 unterbrochen. Er sicherte in seiner Zeit von 1815 bis 1866 den mitteleuropäischen Frieden.

8. Die Burschenschaften

Da der Deutsche Bund nur ein Zusammenschluss mit anfangs 39, im Jahre 1863 nur noch 35, Mitgliedern war, fehlte ein gesamtdeutscher Staat, der die vielen Gemeinsamkeiten, so die Sprache, Kultur und Geschichte, der deutschen Nation vereinte. Im Gegensatz zu Frankreich oder England war Deutschland kein einheitliches Land, sondern nur eine Kulturnation². Daraus bildeten sich Burschenschaften³, die vor allem nationale und liberal-demokratische Vorstellungen vertraten. Viele Studenten der Burschenschaften hatten, z.B. im Lützowschen Freikorps, in den Befreiungskriegen gegen Napoleon gekämpft und daher ein starkes Nationalgefühl entwickelt: So setzten sie sich in der Zeit des Vormärz die Abschaffung des deutschen Herrschafts-Flickenteppichs und die Einrichtung einer demokratischen Verfassung in einem großdeutschen, vereinten vaterländischen Deutschland zum Ziel. Alle weiteren Burschenschaften leiten ihre Existenz und Zielsetzung von der Urburschenschaft aus Jena her: Dort gründeten Studenten 1815, darunter Ernst Moritz Arndt, „Turnvater“ Friedrich Ludwig Jahn und Philosophen wie Johann Gottlieb Fichte, eine Vereinigung mit nationale, christlichen und freiheitlichen Vorstellungen zum Kampf für die Werte „Ehre-Freiheit-Vaterland“.⁴

9. Das Wartburgfest

Aus Anlass die Werte und Ziele der Burschenschaften öffentlich zu proklamieren, wurde zum dreihundertsten Jahrestag Martin Luthers Thesenanschlags und zum Jahrestag des Sieges in der Völkerschlacht bei Leipzig am 17. Oktober 1817 auf der Wartburg bei Eisenach ein Burschenfest mit etwa 600 Burschen aus ganz Deutschland gefeiert. Dort wurde eine ungeplante Bücherverbrennung durchgeführt, derer „undeutsch[e]“ Schriften wie Symbole der französischen und fürstlichen Herrschaft, z.B. der Code Napoleon und das Buch „Germanomanie“ des Juden Saul Ascher verbrannt während dreifach „Wehe über die Juden!“ gerufen wurde. Ebenfalls wurde Kotzebues Werk „Geschichte des deutschen Reichs“ vernichtet. Diese Bücherverbren-

² Nation als Träger des politischen Willens

³ Verbindungen waren z.B.: Aktivitas, Alte Herren, Biername, Bundesbruder, Burschenkonvent, Chargen, Chargia, Chargierter, Consenior, Constituion, Convent, Corpsburschen-Convent, Couleuriener, Fax, Fuchsmajor, Fux, Inaktiver, Leibfuchs, Philister, Philisterium, Senior; Arten von Verbindungen waren z.B.: Akademischer Turnverein, Arminia, Baltische Studentenverbindung, Christliche Studentenverbindungen, Corpo, Corps, Corpsstudent, Damenverbindung, Jüdische Studentenverbindung, Landsmannschaft, Lebenscorps, Musische Studentenverbindungen, Religiöse Studentenverbindungen, Studentenverbindung, Studentische Jagdverbindung, Tuna, Turnerschaft, Waffencorps

⁴ Auszug aus der Verfassungsurkunde der Jenaischen Burschenschaft vom 21. Juni 1815: „Erhoben von dem Gedanken an ein gemeinsames Vaterland, durchdrungen von der heiligen Pflicht, die jedem Deutschen obliegt, auf Belebung deutscher Art und deutschen Sinnes hinzuwirken, hierdurch deutsche Kraft und Zucht zu erwecken, mithin die vorige Ehre und Herrlichkeit unsres Volkes wieder fest zu gründen und es für immer gegen die schrecklichsten aller Gefahren, gegen fremde Unterjochung und Despotenzwang zu schützen, ist ein Teil der Studierenden in Jena zusammengetreten und hat sich beredet, eine Verbindung unter dem Namen einer Burschenschaft zu gründen.“

nung war Vorbild für diejenige im Jahre 1933, bei der ebenfalls Burschenschaften beteiligt waren.

Auf dem Wartburgfest wurde ein gemeinsames, politisches Grundsatzprogramm beschlossen, das sich einerseits an liberale Forderungen der französischen Revolution orientiert, während diese gleichzeitig abgelehnt wurde: Die Burschenschaften sollten sowohl die politische als auch die religiöse und wirtschaftliche Einheit Deutschlands zum Ziel haben. Damit verbunden sollten Zollschränken aufgehoben und die deutsche Wehrkraft ausgebaut werden. Die konstitutionelle Monarchie sollte weiterentwickelt, jedoch nicht abgeschafft, und mit einer vaterländischen Verfassung versehen werden.

Grundsätze waren weiterhin die Gleichheit vor dem Gesetz nach dem Prinzip „nulla poene sine lege“⁵, der Schutz von Freiheit und Eigentum sowie Rede- und Pressefreiheit verbunden mit persönlicher Freizügigkeit.

Nach diesem Prinzip gründeten Studenten an vielen Universitäten zusammengehörige Burschenschaften, die alle bisherigen Studentenverbindungen ablösten und die neuen unter dem Namen der „Allgemeinen deutschen Burschenschaft“ zusammenfassten. Da einige Burschenschaften jedoch an den Traditionen der vorangegangenen Studentenvereinigungen festhielten, so z.B. die Corps und Landsmannschaften, war die „Allgemeine deutsche Burschenschaft“ kein einheitliches Organ.

10. Die Karlsbader Beschlüsse

Im Jahre 1818 kam es auf Grund der schlechten wirtschaftlichen Lage zu den „Hep-Hep-Krawallen“, in denen Kleinbürger und Studenten gegen jüdische Geschäfte und Häuser, hauptsächlich in deutschen und europäischen Großstädten, vorgingen. Weiterhin ermordete der Bursche Karl Ludwig Sand im gleichen Jahr am 23. März 1818 den russischen Agenten und deutschen, reaktionären Dramatikers August von Kotzebue. Dieser veröffentlichte in Weimar das Literarische Wochenblatt, in dem er deutsche Universitäten, besonders deren Burschenschaften, sowie Turnerbünde als Brutstätten der Revolution und Liberalismus massiv angriff. Weiterhin verspottete er den von den Studenten der Burschenschaften verehrten Turnvater Jahn.

Nachdem Bücher von ihm auf dem Wartburgfest verbrannt wurden, zog er nach Mannheim um, wo er vor den Augen seiner Kinder vom Burschen und Theologiestudenten Karl Ludwig Sand erstochen wurde⁶. Diesen Vorfall empfing Metternich als willkommenen Vorwand um gesetzlich gegen die reaktionären Burschenschaften vorgehen zu können.

Auf der Karlsbader Konferenz vom 6. bis 31. August 1819 wurden in den Karlsbader Beschlüssen Maßnahmen zur Überwachung und Bekämpfung liberaler und nationaler Bestrebungen in Deutschland beschlossen. Vor al-

⁵ Lateinisch: keine Strafe ohne Gesetz

⁶ Sand erstach Kotzebue in dessen Wohnung mit den Worten "... hier, Du Verräter des Vaterlandes." ; Karl Ludwig Sand bezeichnete Kotzebue in seinem Tagebuch als „Landesverräter“ und „Volksverführer“; Sand führte nach dem Mord vergeblich einen Selbstmordversuch durch, wurde sodann am 5. Mai 1820 zum Tode verurteilt; Sand wurde zum Symbol für Einheit und Freiheit geworden: Nach der Hinrichtung wurden Taschentücher in Sands Blut getaucht, Locken von seinem Kopf abgeschnitten und Späne vom Schafott abgebrochen. Sein Grab wurde zum Wallfahrtsort und seine Person im Vormärz zum politischen Heiligen und Vorkämpfer im radikaldemokratischen und radikalnationalen Flügel der Burschenschaft erhoben.

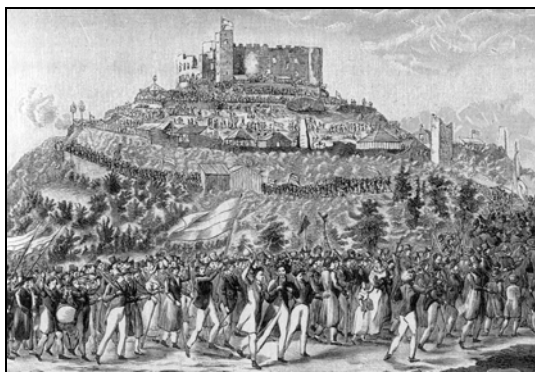
lem Metternich befürchtete öffentliche Kritik an der Restauration. Am 20. September 1819 wurden die Karlsbader Beschlüsse im Frankfurter Bundestag einstimmig verabschiedet: Neben dem Verbot für Burschenschaften sollten Universitäten fortan überwacht, die Presse zensiert und liberale wie national gesinnte Professoren entlassen werden. Diese Maßnahmen wurden in den vier Gesetzen Exekutionsordnung, Universitätsgesetz, Pressegesetz und Untersuchungsgesetz zusammengefasst. Die Karlsbader Beschlüsse blieben bis zur Deutschen Revolution von 1848 in Kraft.

11. Das Hambacher Fest

Seit 1797 gehörte die Pfalz zu Frankreich und wurde nach dem Wiener Kongress Bayern zugeteilt. Die bayerische Verwaltung schränkte die Rechte der Bevölkerung jedoch durch strenge Zensur ein und erhob hohe Zölle und Steuern. Der Ausbruch der französischen Julirevolution 1830 förderte eine Bürgerbewegung in der Pfalz mit den Zielen der nationalen Einheit und Demokratie. So gründeten Philipp Jakob Siebenpfeiffer und Johann Georg August Wirth im Februar 1832 den „Preß- und Vaterlandsverein“, der vom 27. bis 30. Mai 1832 ein „Volksfest“ auf dem Hambacher Schloss⁷ organisierte, da politische Kundgebungen von der bayerischen Regierung verboten worden waren.

Insgesamt schlossen sich 30.000 Menschen aller Bevölkerungsschichten aller Nationen⁸, vor allem Studenten, an. Dort verwendete Johann Philipp Abresch die Farben Schwarz-Rot-Gold als Fahnenflagge, die für das neue, demokratisch freie und föderative Deutschland stehen sollten.

Ein wichtiges Ereignis, das auf dem Hambacher Fest geplant wurde, war der Frankfurter Wachensturm: Am 3. April 1833 stürmten etwa 50 Aufständische, überwiegend Studenten, die Frankfurter Hauptwache und die Konstablerwache um mit dieser Aktion in der Stadt, in der auch der Sitz des Bundestages und des ständigen Gesandtenkongresses war, restaurative Politik zu ersetzen und zur nationalen und demokratischen Erhebung aufzurufen.



*Der Zug zum Hambacher Schloss,
nach einer zeitgenössischen Darstellung*

Der Plan war einerseits sehr weitreichend, andererseits durch Verrat schon im Voraus zum Scheitern verurteilt. Da jedoch die Beteiligung der Bevölkerung ausblieb, schritt das Militär ein. Es starben neun Menschen, 24 wurden verletzt. Dieser Aufstand zog eine Reihe von Verhaftungen und Haftstrafen nach sich und ist zusammen mit dem Hambacher Fest und dem Wartburgfest ein wichtiger Auslöser der Deutschen Revolution von 1848.

⁷ Heinrich Heine: "...während den Tagen des Hambacher Festes hätte mit einiger Aussicht guten Erfolges die allgemeine Umwälzung in Deutschland versucht werden können. Jene Hambacher Tage waren der letzte Termin, den die Göttin der Freyheit uns gewährte..."

⁸ Phillip Jakob Siebenpfeiffer in seiner Eröffnungsrede: "Es lebe das freie, das einige Deutschland! Hoch leben die Polen, der Deutschen Verbündete! Hoch leben die Franken, der Deutschen Brüder, die unsere Nationalität und unsere Selbständigkeit achten! Hoch lebe jedes Volk, das seine Ketten bricht und mit uns den Bund der Freiheit schwört! Vaterland - Volkshoheit - Völkerbund hoch!"

12. Heilige Allianz

Vom russischen Zaren Alexander I. eingeleitet, schlossen die Monarchen des katholischen Österreich, des protestantischen Preußens und des orthodoxen Russlands am 26. September 1815 die Heilige Allianz. Damit sollten Grundsätze des Christentums, der Gerechtigkeit und des Friedens, auf einander abgestimmt, organisiert werden. Bis auf England und den Papst schlossen sich alle europäischen Monarchen an, da sie daran interessiert waren, den Absolutismus auch in anderen Ländern zu erhalten. Mögliche Umstürze hätten die Pentarchie zerstört oder revolutionäre Funken verbreitet. Unter Metternich als Oberhaupt konnten nationale und liberale Bewegungen wirkungsvoll unterdrückt werden. Diese verfolgten weiter ihre Forderungen nach nationaler Einheit Deutschlands und Wechsel zu Verfassungsstaaten. Sogar der preußische konservative Feldherr Blücher erkannte die Notwendigkeit von Verfassungen: „Warum muß Bayern und andere Regenten uns zuvorkommen; man fühlt es ja, daß eine Konstitution gegeben werden muß.“

13. Der Deutsche Zollverein

Da Österreich mit der Errichtung eines Großdeutschen Zollvereins scheiterte, leitete Preußen unter Finanzminister Friedrich von Motz durch direkte Verhandlungen mit den Einzelstaaten den wirtschaftspolitischen Zusammenschluss deutscher Staaten ein.

Die Gründung des Deutschen Zollvereins verlief im Wesentlichen in fünf Schritten. Zunächst gruppierten sich mehrere kleine Gebiete zu einheitlichen Wirtschaftsräumen. Ab dem 16. Juli 1816 gab es in Preußen keine Binnenzölle mehr. 1821 schlossen sich die Elbuferstaaten Preußen, Österreich, Sachsen, Hannover, Anhalt, Mecklenburg, Hamburg und Dänemark in Dresden mit dem Ziel der Zollfreiheit auf der Elbe zusammen. 1827 errichteten Bayern und Württemberg den „Süddeutschen Zollverein“. Durch den Beitritt Hessen-Darmstadts im Jahre 1828 zum preußischen Zollverband drang dieser damit auch in den süddeutschen Raum vor. Der „Süddeutsche Zollverein“ sowie der „Preußische Zollverband“ vereinigten sich zunächst am

22. März 1833, dann am 1. Januar 1834 unter dem „Deutschen Zollverein“. 1842 umfasste er bereits 28 Staaten. Mit dem Beitritt des von Hannover 1854 geführten Steuervereins war der Weg zur Nordsee geöffnet. Österreich konnte daneben in einer zunehmend unbedeutender werdenden Rolle nur 1853 einen Handelsvertrag mit Preußen eingehen, nicht jedoch die angestrebte Union mit dem Deutschen Zollverein. Er verbesserte die wirtschaftliche



Der Deutsche Zollverein

Entwicklung und trug daneben zur Staatsgründung des Deutschen Reichs bei. Damit endete der Deutsche Zollverein 1871. Hamburg und Bremen traten erst später dem deutschen Wirtschaftsraum bei.

14. Der Schlesische Weberaufstand

Über den Zeitraum des deutschen Vormärz (1815 - 1848) wandelte sich die deutsche feudale Agrargesellschaft zu einer kapitalistischen Industriegesellschaft. Während Adel, Beamtentum und Heer an Macht einbüßten, trat vor allem die neue Bürgerschicht in den Vordergrund. Sie bestand aus dem Großbürgertum, daraus Beamte, Angestellte und Freiberufler, aus dem Bildungsbürgertum, daraus Lehrer und Professoren, sowie aus dem Kleinbürgertum, daraus Gewerbetreibende, Handwerker und Bauern. Andererseits bildete sich unterhalb des Bürgertums eine Schicht aus Handwerkern und Industriearbeitern heraus. Die zwei neuen Schichten bewirkten einen Strukturwandel von der alten Ständegesellschaft zur neuen Berufs- und Leistungsgesellschaft. In ihr wurden vor allem Besitz, wirtschaftliche Lage, Stellung im Produktionsprozess, Besitz von Produktionsmitteln und Wohneigentum zu Indikatoren der persönlichen sozialen Stellung. Sowohl durch die Veränderung in den Familien- und Arbeitsverhältnissen als auch durch die Bevölkerungsexplosion brach ein gnadenloser Konkurrenzkampf der Industrie aus, der vor allem bei einfachen Industriearbeitern zu geringem Lohn und Arbeitslosigkeit führte. Die Folgen waren eine Reihe sozialer Probleme, die in der „sozialen Frage“ zusammengefasst wurden.

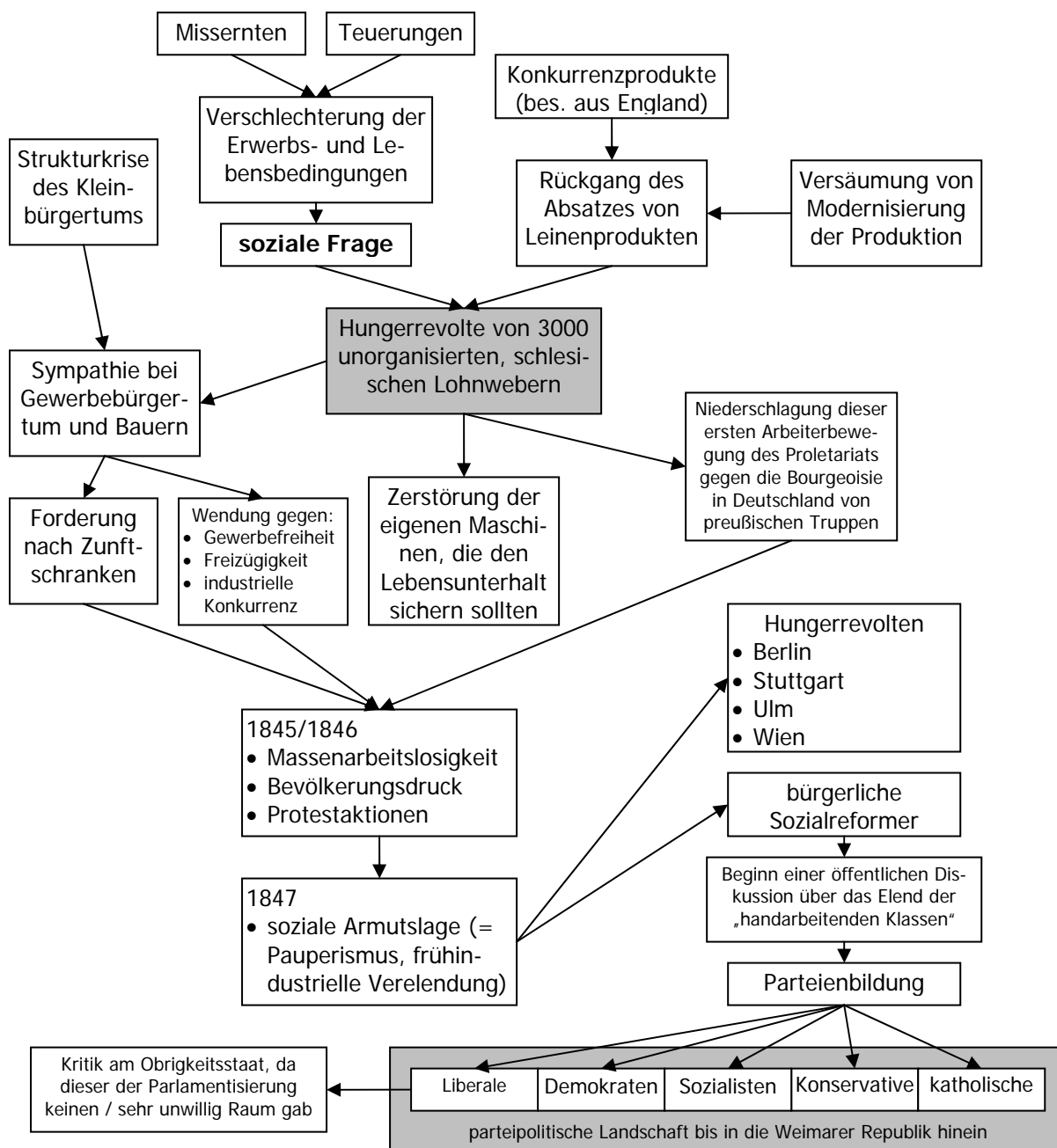
Die Karlsbader Beschlüsse ermächtigten die nationalen Regierungen zur Niederschlagung von Revolten, die vor allem nach Ausbruch der französischen Julirevolution gehäuft jedoch voneinander isoliert auftraten. Aufruhr gab es besonders in Sachsen, Hessen, Hannover und Braunschweig.

Ende 1930 wurden politische Zeitungen, wie Siebenpfeiffers „Westbote“ und die Monatsschrift „Rheinbayern“ gegründet, ebenso der „Deutsche Vaterlands- und Preßverein“. Öffentliche Forderungen waren seither Presse-, Vereins- und Versammlungsfreiheit, allgemeines Wahlrecht und lokale Selbstverwaltung. Während das Hambacher Fest 1832 mit Siebenpfeiffer und Wirth keine Verbesserungen bewirkte, verstärkte Metternich den Hass und die Gewaltbereitschaft der Bürger, indem er die Staatsgewalt klar dem Staatsoberhaupt zuschrieb. Opfer von staatlichen Ordnungsmaßnahmen waren besonders Georg Büchner und die Göttinger Sieben⁹.

Zu diesen allgemeinen Unruhen kamen ab 1844 Missernten und Teuerungen hinzu, die das revolutionäre Bewusstsein förderten. So brach 1844 der Schlesische Weberaufstand aus, dessen Ursachen Hunger und verschlechterte Lebensbedingungen waren. Etwa 3000 unorganisierte Lohnweber demonstrierten im Eulengebirge, da das alte Verlagswesen Modernisierungen der Produktion unterließ und billige Baumwollprodukte besonders aus England (ab ca. 1820) den Absatz von Leinenprodukten verringerten. Die Aufständischen zerstörten ihre eigenen Maschinen und wurden sodann von preußischen Truppen niedergeschlagen. Die erste Arbeiterbewegung des Proletariats gegen die Bourgeoisie in Deutschland wurde damit nicht zu einer abgeschlossenen Angelegenheit, sondern fand vielmehr eine große Anhängerschaft im Gewerbebürgertum und bei den Bauern, die sich zu dieser Zeit

⁹ Die Göttinger Sieben waren eine Gruppe aus sieben Göttinger Professoren der Georg-August-Universität: Wilhelm Eduard Albrecht (Staatsrechtler), Friedrich Christoph Dahlmann (Historiker), Heinrich Ewald (Orientalist), Jacob Grimm (Germanist), Wilhelm Grimm (Germanist), Georg Gottfried Gerwinus (Literaturhistoriker), Wilhelm Eduard Weber (Physiker)

in Folge der Einführung der gewerblichen Freizügigkeit und Aufkommen von industrieller Konkurrenz zurück nach Zunftschranken sehnten. Dieser Gegensatz verschärfte in den Jahren 1845 und 1846 die Massenarbeitslosigkeit und damit die soziale Frage. Der Zustand wird sodann als Pauperismus, also frühindustrielle Verelendung, bezeichnet. Die Folgen daraus waren wiederum Protestaktionen der Bevölkerung vor allem in Städten und östlichen preußischen Provinzen. Viele Menschen wanderten in Städte ab, während Hungerrevolten besonders in Berlin, Stuttgart, Ulm und Wien stattfanden. Damit schlug die Geburtsstunde bürgerlicher Sozialreformer, die eine öffentliche Diskussion über das Elend der „handarbeitenden Klassen“ anregten, also die Politisierung der Allgemeinheit förderten. Politische Parteienbildung war eine Folge daraus, deren Parteilandschaft bis in die Weimarer Republik hinein erhalten blieb. Vor allem die bürgerlichen Liberalen kritisierten den Obrigkeitsstaat, da dieser der Parlamentarisierung nur sehr unwillig Raum gab.



15. Badische Revolution

Bevor der Funke der französischen Märzrevolution auf ganz Deutschland übergriﬀ, begann die Badische Revolution 1848/1849 als regionaler Ausbruch: Während in den anderen Fürstentümern des deutschen Bundes eine konstitutionelle Monarchie mit Erbkaisertum gefordert wurde, stand in Baden die Forderung nach einer demokratischen Republik mit den radikal-demokratischen Vertretern Friedrich Hecker, Gustav von Struve und Georg Herwegh. Dazu kamen zahlreiche badische Volksvereine, die jedoch die Niederlage unter konterrevolutionäre preußische Truppen nicht verhindern konnten.

Zunächst wurden am 27. Februar 1848 in Mannheim die Märzforderungen geäußert. Am 1. März 1848 dringen sodann Demonstranten in das Ständehaus des Landtages ein, worauf Hecker die Beseitigung der Adelsprivilegien verlangt. In der Folge der Bauernerhebung am 4. März 1848 in Nordbaden greift die Revolution auf andere Bundesstaaten über. Vor der Badischen Revolution wurde am 12. September 1847 im Gasthaus Salmen in Offenburg das „Offenburger Programm“ veröffentlicht. Es enthielt 13 Forderungen im Namen „des Volkes von Baden“: Die Karlsbader Beschlüsse sollten zu Gunsten der Grund- und Menschenrechte und der Pressefreiheit abgeschafft werden, während eine progressive Einkommenssteuer gefordert wurde. Am 19. März 1848 findet mit der Fortsetzung des „Offenburger Programms“ eine Volksversammlung in Offenburg mit 20.000 Teilnehmern statt, auf der die Forderungen von 1847 bestätigt werden.

Nach dem Ausruf des „Heckeraufstandes“ am 12. April 1848 in Konstanz von Hecker und Struve schreitet der „Heckerzug“ in die Rheinebene, wo er sich mit der „Deutsch Demokratischen Legion“ Georg Herweghs aus Frankreich vereinigen will, um die Landeshauptstadt Karlsruhe einzunehmen. Doch wird dieses Vorhaben am 20. April 1848 von badischen Truppen mit der Zerstreuung des Heckerzugs verhindert. Hecker flieht darauf ins Exil, über die Schweiz in die USA. Auch Herweghs 900 Mann starke „Deutsche Legion“ wird sieben Tage später von württembergischen Truppen besiegt. Nachdem Struve am 21. September 1848 die Republik in Lörrach ausruft, wird er verhaftet, bis er bei den Maiaufständen 1849 wieder befreit werden kann.

Am 11. Mai 1849 meutert die badische Garnison im Rahmen der Maiaufstände und der Reichsverfassungskampagne, mit der die revolutionären Errungenschaften anerkannt und erhalten werden sollten. Auf Grund der Unruhen flieht Großherzog Leopold von Baden nach Koblenz. Schon ende Mai 1849 übernimmt ein revolutionärer Landesausschuss der Volksvereine zusammen mit Soldaten die Regierungsgewalt., worauf am 1. Juni 1849 unter Lorenz Bretano eine provisorische republikanische Regierung eingerichtet wird.

Am 23. Juli 1849 fällt die drei Wochen lang gehaltene Festung Rastatt und wird von preußischen Truppen eingenommen. Diese reorganisieren die badische Armee und ermöglichen Standgerichten die Verurteilung der Revolutionäre, von denen 23 hingerichtet wurden.

16. Die Deutsche Revolution

Die Revolution von 1848/1849 ist das Ergebnis mehrerer kurz- und langfristiger Faktoren, die durch den Revolutionsfunken der Februarrevolution in Paris zum Ausbruch kamen.

Starkes Bevölkerungswachstum sowie Arbeitslosigkeit und Pauperismus entstanden durch kapitalistisch orientierte Industrialisierung. Die Notwendigkeit von entscheidenden Reformen, besonders aber die Umsetzung des spätestens 1814 von der Mehrheit der Bevölkerung angestrebten Nationalstaat-Gedankens, wurde mit bloßer Inkompetenz und Indifferenz seitens des Adels begegnet. Im Jahre 1847 entsagte König Wilhelm IV. von Preußen auf dem „Vereinigten Landtag“ vehement einer konstitutionellen Monarchie. Die Liberalen, ebenso die Republikaner, sahen sich daher zur Revolution gezwungen, um ihre Forderungen ohne Blockade des konservativen Adels durchzusetzen. Hinzu kam die ab 1845 herrschende Agrarkrise.

Die seit Abend des 13. März 1848 ausbrechenden Unruhen wurden von Soldaten bekämpft, die erheblich zur allgemeinen Unzufriedenheit beitrugen, durch ihre bedrohende Präsenz wohl die Revolution auslösten und die Berliner binnen kurzer Zeit auf die Barrikaden trieb. Der Aufbau des Frankfurter Paulskirchenparlaments begann zunächst mit Massendemonstrationen und den Märzforderungen nach gleichem Männerwahlrecht, Freiheitsrechten, Volksbewaffnung, Schwurgerichten, kostenloser Schulbildung, einer Verfassung und nach dem deutschen Nationalstaat. Darauf wurden liberale Bundestage einberufen. Noch in der Anfangsphase versuchte sich Friedrich Wilhelm IV. an die Spitze der Revolution zu stellen und verkündete so am Abend des 21. März 1848 nach einem Umritt, geschmückt mit den revolutionären Farben schwarzrotgold: „Preußen geht fortan in Deutschland auf.“ Doch dieser Versuch wurde weitgehend ignoriert. Vom 31. März bis zum 3. April 1848 tagte das Vorparlament, das aus etwa 500 Personen, größtenteils repräsentativ aus deutschen Staaten, bestand, um die Frankfurter Nationalversammlung vorzubereiten. Mit der Französischen Revolution von 1789 als Vorbild versuchten Gustav von Struve und Friedrich Hecker die Versammlung des Vorparlaments ähnlich der französischen Generalständeversammlung inklusive Ballhauschwur nachzuahmen. Doch wurde dies sowie die Permanenz vom Vorsitzenden des Vorparlaments Carl Joseph Anton Mittermaier abgelehnt, stattdessen beschäftigte sich das Vorparlament mit zwei Ausschüssen (Fünzigerausschuss und Siebzehnerausschuss) mit Wahlrecht und Verfassungsbildung als Bündelungsorgan des Volkswillens. Zahlreiche Vereine und Verbände zur politischen Meinungs- und Parteibildung entstanden, die nach dem Vorparlament großen Einfluss auf die am 18. Mai erstmals zusammentretende Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche nahmen. Die Wahl der Abgeordneten wurde unter gleichem und geheimem Wahlrecht für Männer ab 25 Jahren auf dem Gebiet des Deutschen Bundes, außer in einigen slawischen Gebieten Österreichs, zusätzlich in Schleswig, Ost- und Westpreußen sowie im Großteil Posens ausgeschlossen. Wie Österreich, so lehnte auch König Friedrich Wilhelm IV. die Frankfurter Nationalversammlung ab. Er war vielmehr für einen patrimonialen, christlich-germanischen Standesstaat anstelle des Absolutismus oder gar eines konstitutionell-repräsentativen Staates, wie es die Liberalen forderten. Während der Deutschen Revolution zeigte er zunächst Akzeptanz und seinen Führungswillen. Nach dem vom

Paulskirchenparlament angeordneten Krieg Preußens gegen Dänemark lehnte er 1849 durch Zurückweisen der Kaiserkrone und der kleindeutschen Lösung auch die Verfassung der Nationalversammlung ab. Damit war die Frankfurter Nationalversammlung endgültig gescheitert. Die Tatsachen der nur durch Preußen zur Verfügung gestellten Exekutive, den Ausschluss ausländischer Botschafter, außer der Schweiz und den USA, und der Ablehnung von wichtigen Staaten des Deutschen Bundes verhinderte den Erfolg einer konstitutionell-repräsentativen Staatsform. Ein weiterer Grund für das Scheitern stellt der Waffenstillstand von Malmö im August 1848 dar. Als preußische Truppen auf Grund eines Beschlusses der provisorischen Regierung die Abtrennung der Elbherzogtümer von Dänemark ausführten, erhoben sich Russland und England gegen eine Besetzung des Nord-Ostsee - Durchgangs. So musste das preußische Heer, das bis Jütland vorgedrungen war, der Interventionsdrohung nachgeben. Der Waffenstillstand von Malmö legte den Rückzug der preußischen Truppen fest. Dieser Kompromiss wurde von der deutschen Bevölkerung als demütigend empfunden und führte zu den Frankfurter Septemberunruhen. Nachdem Friedrich Wilhelm IV. die von der Frankfurter Nationalversammlung angetragene Krone, die er in einem Brief an den Freiherrn von Bunsen als einen „Reif aus Dreck und Letten gebacken“, dem „der Ludergeruch der Revolution“ anhafte, ablehnte, wurde das Paulskirchenparlament aufgelöst. Die Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche, war also der Gipfel einer Entladung kurz- und langfristiger Faktoren mit Zielen, die nach französischem Vorbild gesetzt waren: Abschaffung des Feudalsystems, Freiheitsrechte (Versammlungen, Vereine, Presse betreffend) und eine Verfassung. Das Paulskirchenparlament wurde neben der preußischen und den anderen deutschen Landesregierungen von den Monarchen nur geduldet, da sie Angst vor Köpfungen und einem völligen Umsturz hatten. Allen Monarchen voran Friedrich Wilhelm IV., der am 21. März 1848 durch einen Umritt in Berlin sich an die Spitze der Nationalbewegung stellen wollte. Bis zum 28. April 1849, an dem Friedrich Wilhelm IV. die kleindeutsche Lösung ablehnte, war die Monarchie wieder gestärkt, sodass sie mit der Abschaffung des verbliebenen Rumpfparlaments am 16. Juni 1849 an Macht zurückgewann. Dies aber nur, da die Gunst des Volkes durch Erhalt der Landtage weiterhin bestand. In der folgenden Zeit war es oberstes Ziel Friedrich Wilhelms IV. die Macht Preußens in Deutschland und in Europa zu stärken. Darauf wurde zunächst das Dreiklassenwahlrecht in Preußen wiedereingeführt. Angestrebt wurden in der Innenpolitik Pressezensur, Beseitigung der Geschworenengerichte sowie die Einschränkung der Selbstverwaltung in den Städten und Provinzen. Besonders während der Deutschen Revolution und darüber hinaus nahm die Kamarilla (in Monarchien eine Hofpartei ohne Regierungsverantwortung, jedoch mit großem Einfluss und dem Status einer „Nebenregierung“) großen, streng konservativ gerichteten Einfluss auf die Regierung. Das Scheitern des Frankfurter Paulskirchen Parlaments ist im Ganzen auf drei Ursachen zurückzuführen: Zunächst musste über die neue Staatsform entschieden werden. Demnach stand die Republik und die Monarchie, entweder als Erb- oder Wahlmonarchie zur Frage. Verabschiedet wurde die Erbmonarchie, in der der Kaiser die Exekutivgewalt erhält, der Reichstag somit nur Legislativgewalt ausüben kann. Die einzelstaatliche Souveränität wurde dort eingeschränkt, wo Reichsgewalt betroffen war. Provisorischer Vorsitzender des Paulskirchenparlaments war der Reichsverweser Erzherzog Johann von Ös-

terreich. Sein Kabinett hatte jedoch keine eigene Verwaltung oder gar militärische Exekutive.

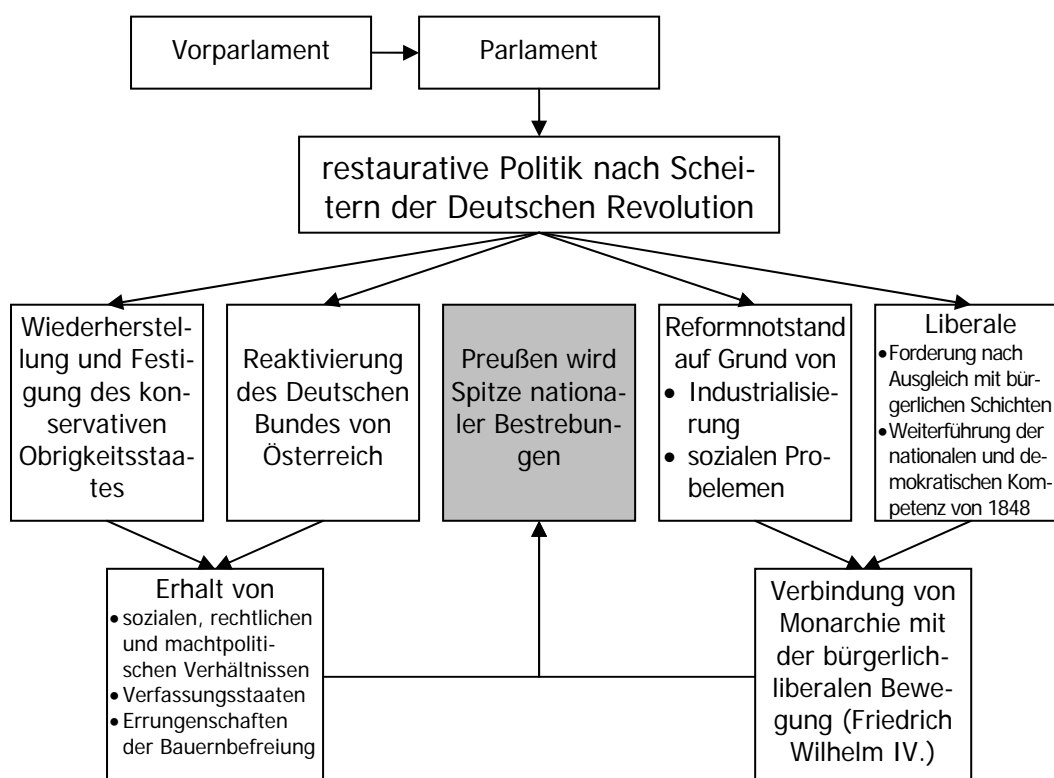
Der Umfang des Regierungsgebietes des Gesamtstaates wurde auf die Kleindeutsche Lösung, also deutsches Bundesgebiet ohne Österreich, festgelegt. Die kleindeutsche Lösung schien leicht realisierbar, schloss Österreich aus und stärkte die Vorherrschaft Preußens als Führungsmacht in Deutschland. Die Einbeziehung ganz Österreichs in der Großdeutschen Lösung schien problematisch, da Österreich ein Vielvölkerstaat war. Österreich selbst bevorzugte die komplette Integration, verneinte also die Integration ausschließlich deutschsprachiger Gebiete. Die kleindeutsche Lösung wurde jedoch auf Grund mangelnder Exekutive nicht realisiert.

Eine weitere Ursache war die mangelnde Verwurzelung des Parlaments. So waren auf dem Gebiet des deutschen Bundes legitime Herrscher vorhanden, die legitime Herrschaft ausübten und nicht bereit waren, diese ohne Weiteres abzugeben.

Im Vergleich zur französischen Revolution und zur Enthauptung Ludwigs XVI. fehlt diese Enthauptung der Monarchie in Deutschland. Nicht zuletzt war die Revolution in Deutschland weniger radikal und gewaltvoll als in Frankreich, wo es den Sturm auf die Bastille und eine zeitlich begrenzte Terrorherrschaft gab. Der Umfang war in Deutschland noch zu gering und der Konservatismus zu stark, um die Monarchie einzuschränken.

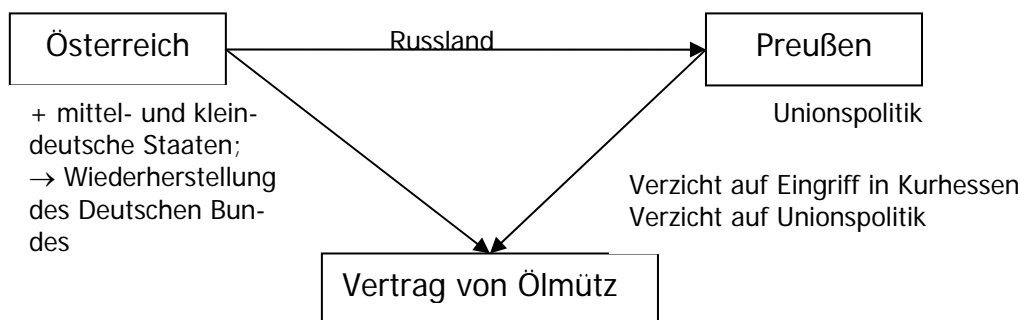
Von 39 deutschen Einzelstaaten (Deutscher Bund) stimmten 28 zu, unter anderen weigerten sich Österreich, Bayern, Hannover und Sachsen. Für eine Annahme der Verfassung durch den Kaiser wäre die Zustimmung aller deutscher Fürsten nötig gewesen.

Nachdem die meisten Abgeordneten ihr Mandat niederlegten, versammelten sich die restlichen Abgeordneten am 30. Mai 1849 zum Rumpfparlament in Stuttgart. Dieses wurde nach wenigen Wochen von württembergischen Militär aufgelöst.



17. Unionspolitik

Um die Monarchie mit dem Gedanken des Nationalstaates zu verbinden, wurde der preußische Außenminister Freiherr von Radowitz mit der Gründung einer Deutschen Union beauftragt. Dies stellt den kleindeutschen Versuch Friedrich Wilhelms IV. dar, dem 24 deutsche Fürsten und 100 ehemalige Abgeordnete des Paulskirchenparlaments zustimmten. Die Deutsche Union sollte mit dem Dreikönigsbund vom Mai 1849 zwischen Preußen, Sachsen und Hannover als Basis ohne Österreich, Bayern, Württemberg, Lichtenstein, Luxemburg und Holstein dem Erfurter Parlament vom 20. März 1850 unterstehen. Dagegen wehrten sich Österreich sowie mittel- und kleindeutsche Staaten. Diese forderten zusammen mit Russland statt der Unionspolitik eine Wiederherstellung des Deutschen Bundes. Nach dem Vertrag von Ölmütz, in dem Preußen auf Unionspolitik und einen Eingriff in Kurhessen, das eine Brücke zu den rheinischen Gebieten darstellte, verzichtet, tritt Radowitz am 2. November 1850 zurück. Durch die Zweifrontenstellung gegenüber Österreich und Russland wäre eine Weigerung gegen den Vertrag von Ölmütz mit einem aussichtslosen Krieg und einem großen Machtverlust Preußens verbunden gewesen. So wurde am 30. November 1850 von Schwarzenberg und dem neuen preußischen Außenminister Manteuffel die „Ölmützer Punktationen“ abgeschlossen.



18. Krimkrieg

Grund für Russlands Expansionsvorhaben besonders auf dem Balkan, war einerseits die Schutzherrschaftspflicht über die orthodoxen Christen im Osmanischen Reich, andererseits das Interesse am Bosphorus als Zugang zum Mittelmeer. Russland führte den Krieg 1853 bis 1856 gegen die Türkei und deren Mitkämpfer seit 1854 England und Frankreich, seit 1855 auch Sardinien. Preußen und Österreich konnten wegen der Heiligen Allianz nicht gegen Russland kämpfen, jedoch die Grenzen zum Balkan hin sicherstellen. Während die Kamarilla in Preußen deshalb auf russischer Seite stand, war die Opposition mit Prinz Wilhelm, seit dem „Schmach von Ölmütz“, auf der Seite der Westmächte. Nach der Belagerung und anschließenden Besetzung der Krimfestung Sewastopol durch England und Frankreich musste das inzwischen in Finanznot geratene Russland kapitulieren. Im Frieden von Paris im Jahre 1856 akzeptierte Russland unter anderem die Aufgabe des Protektorats über die Donaufürstentümer und die orthodoxen Christen im Osmanischen Reich, die Freiheit der Donauschifffahrt, Neutralisierung des Schwarzen Meeres und den Verzicht auf eine eigene Schwarzmeerflotte. Während Russland dadurch an Macht verlor, gewann Frankreich daran. Die Heilige Allianz zerbrach.

19. Die „Neue Ära“

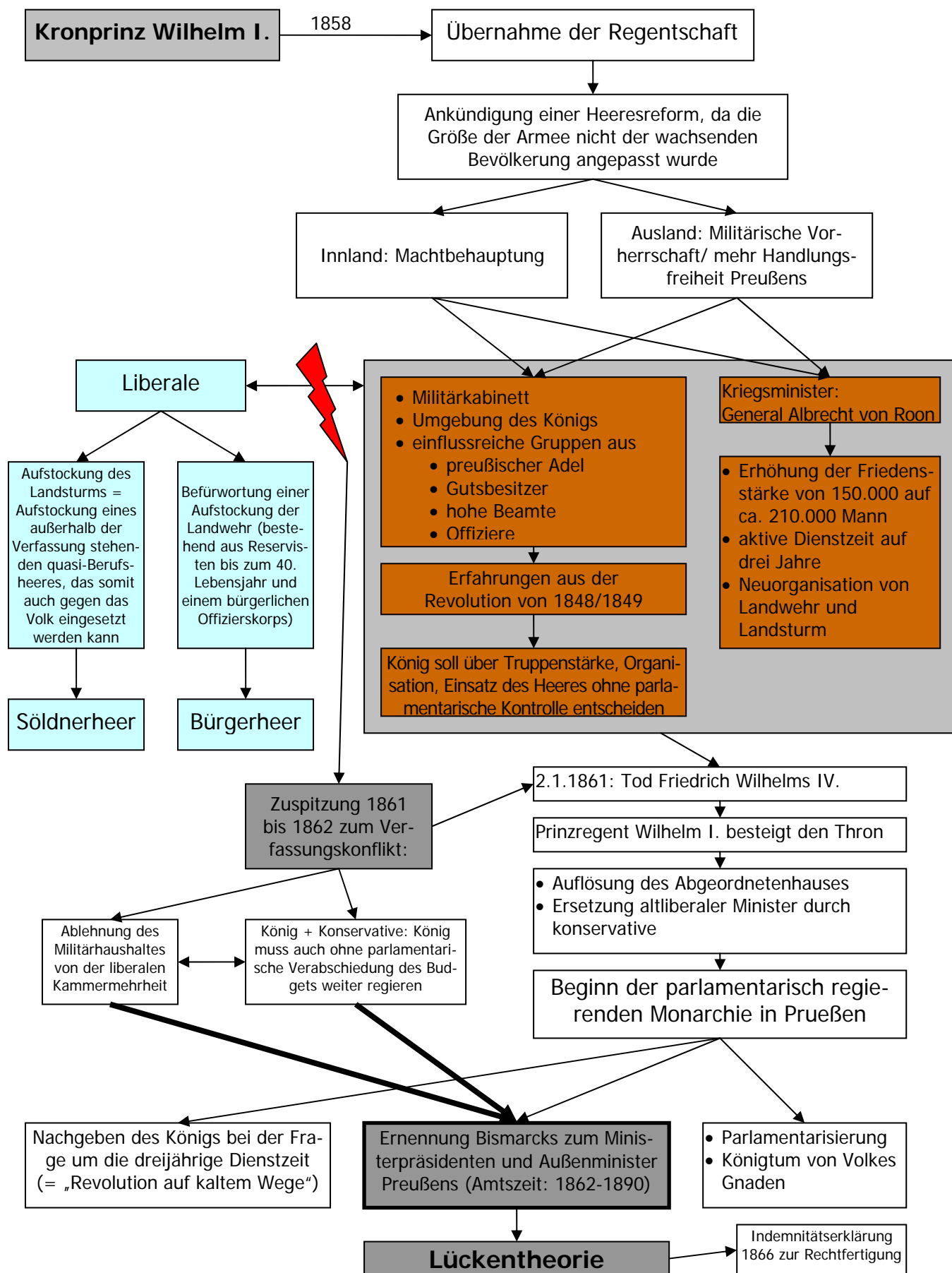
Für seinen schwerkranken Bruder Friedrich Wilhelm IV. übernahm Prinz Wilhelm, der Kartätschenprinz, die Stellvertretung, die so genannte Regentschaft. Da er die Kamarilla verachtete und Kontakte zur Wochenblattpartei besaß wurde er auch durch seine Rede bei Regierungsantritt zur Hoffnung der preußischen Liberalen: „In Deutschland muß Preußen moralische Eroberungen machen durch eine gewisse Gesetzgebung bei sich, durch Hebung aller sittlichen Elemente und durch Ergreifung von Einigungselementen, wie der Zollverband es ist. Die Welt muß wissen, daß Preußen überall das Recht zu schützen bereit ist!“ Von der konservativen Staatsauffassung und der militärischen Tradition Preußens überzeugt, leitete Prinz Wilhelm eine Kabinettsumbildung ein. Dabei errangen die Liberalen im Abgeordnetenhaus die absolute Mehrheit. Dennoch war deren Handlungs- und Reformmöglichkeit durch den Heereskonflikt, der sich zum Verfassungskonflikt ausweitete und den Konflikt in Oberitalien stark eingeschränkt.

20. Der Konflikt in Oberitalien

Im Jahre 1859 leitete Camillo Cavour, Ministerpräsident von Sardinien und Piemont, mit Unterstützung Frankreichs, seine Ziele ein, die Habsburgische Herrschaft von der Adria zurückzudrängen und Italien zu einigen. Über ein Geheimabkommen sicherte sich Napoleon III. die Neutralität Russlands. Aus Angst von einer Annexion der linksrheinischen Gebiete verhielt sich Preußen neutral. Daneben vertrat Napoleon III. die Forderung nach „natürlichen Grenzen“. Die öffentliche Meinung hingegen, allen voran der Chef des Generalstabes Moltke, war der Ansicht, dass das linke Rheinufer in der Po-Ebene verteidigt werde. Österreich wurde am 4. Juni 1859 bei Magenta und am 24. Juni 1859 bei Solferino besiegt und musste am 10. November 1859 im Frieden von Zürich Nizza und Savoyen an Frankreich abtreten, was die Bedingung Frankreichs für die militärische Unterstützung an Sardinien war, und die Lombardei an Sardinien übergeben.

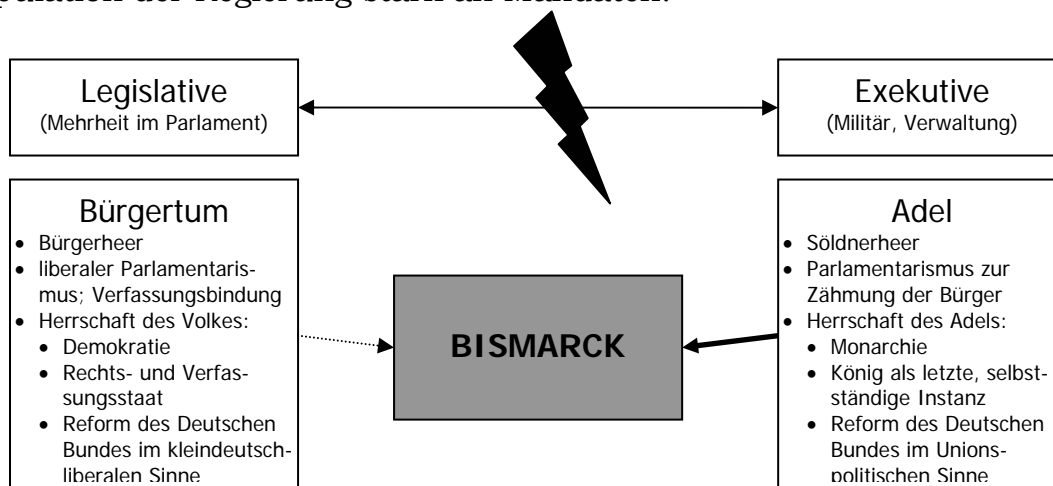
21. Der Heereskonflikt

Um das nach der Deutschen Revolution von 1848/1849 gesetzte Ziel einer Großmachtstellung Preußens in Deutschland und in Europa zu erreichen, musste das Heerwesen neu organisiert werden. Das von Wilhelm I. nachdrückliche Reformgesetz wurde nach dessen Anweisungen vom Kriegsminister Albrecht Graf von Roon (Roon war zusammen mit dem Generaladjutanten Gustav von Alvensleben und dem Chef des Militärkabinetts, Edwin von Manteuffel, ein wichtiges Bindeglied zwischen Wilhelm I. und dem Militär) verfasst und bereits 1860 dem Abgeordnetenhaus vorgelegt. Darin sollte die seit 1856 wieder praktizierte Dienstzeit von zwei auf drei Jahre gesetzlich fixiert und das Feldheer gemäß des Bevölkerungswachstums (1817: 11 Mio.; 1857: 18 Mio.) von 40.000 auf 63.000 Mann vergrößert werden. Ganz im Gegensatz zu den Reformen von Stein und Hardenberg 1814, die einen Ausgleich von Berufs- und Bürgerheer errichteten, sollte mit der Neuorganisation ein wieder wirksames Mittel gegen den politischen Umsturz geschaffen werden.



Die deutschen Liberalen waren zunächst von einem Heer abgeneigt, dass für die innere Bekämpfung des Volkes verwendet werden könnte. Sie akzeptierten jedoch eine Annäherung beider Heeresabteilungen zur Förderung der deutschen Einheit sowie zeitweise provisorische Finanzmittel, bis zum 1. Juli 1861 befristet und danach noch verlängert, um die militärische Kampfbereitschaft aufrechtzuerhalten. Während der König Fragen über die Heeresorganisation ausschließlich für seine Domäne hielt, sah das Abgeordnetenhaus in der Frage nach der Dienstzeit eindeutig seinen Kompetenzbereich betroffen, da dies unmittelbar Auswirkungen auf das Leben der Bürger habe. Mit der Frage um die Zuständigkeitsbereiche weitete sich der Heeres- zum Verfassungskonflikt aus.

Am 23. September 1862 weigerte sich das Abgeordnetenhaus weiteren finanziellen Ausgaben zur Unterstützung der dreijährigen Dienstzeit zuzustimmen. Darauf wurde die Kammer aufgelöst und neu gewählt. Doch verschärfte sich die Situation dahingehend, dass von 352 Abgeordneten nur noch 11 von den Konservativen waren; die Fortschrittspartei gewann, trotz Wahlmanipulation der Regierung stark an Mandaten.



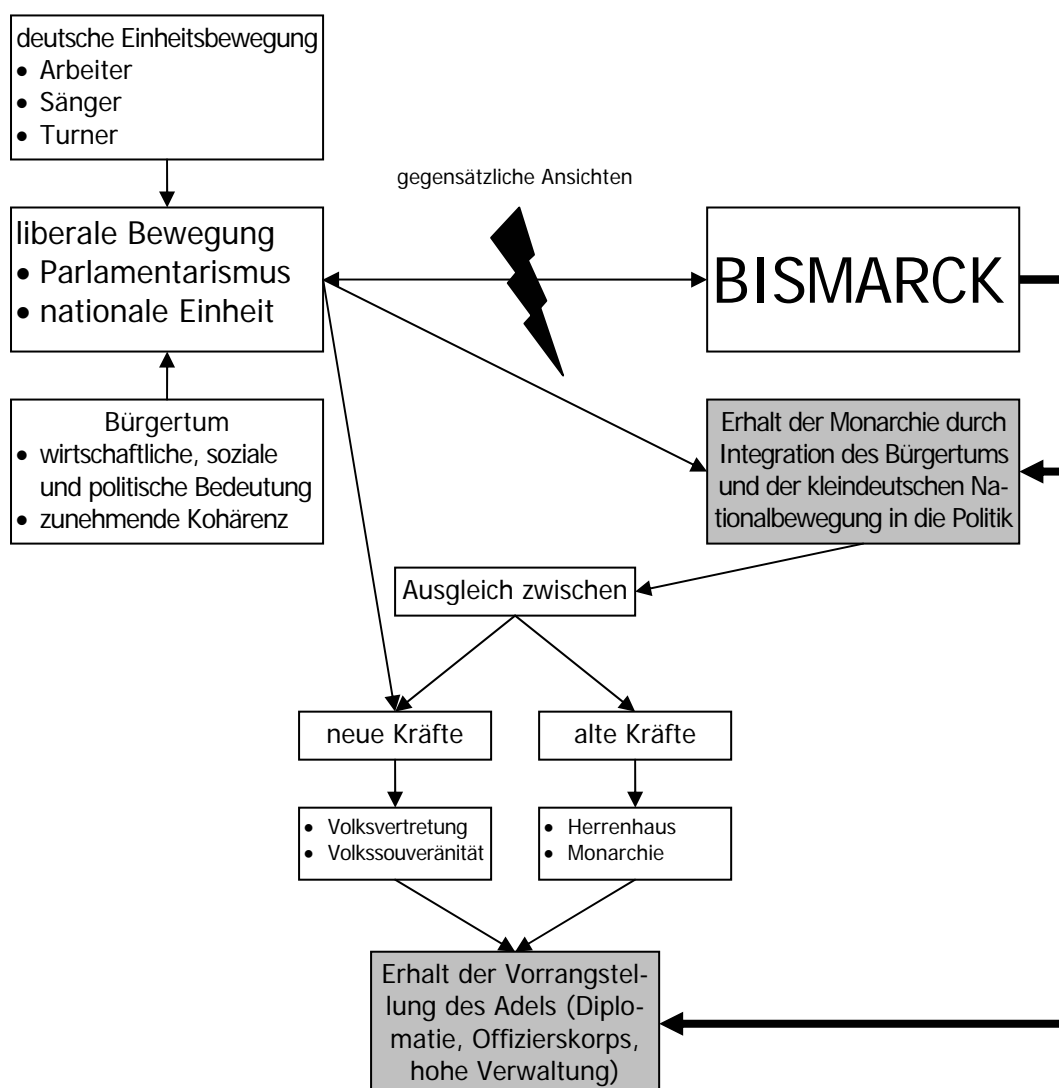
22. Bismarck (1815 - 1898)

Da sich nun König, Abgeordnetenhaus und Herrenhaus über das Budget nicht einig werden konnten und es seitens der Verfassung kein Vorgehen für diesen Fall gab, etwa das Einrichten eines Vermittlungsausschusses, wies die Verfassung hier eine „Lücke“ auf. Diese findet in der Staatslehre des hochkonservativen Juristen und Politikers J. Stahl ihren Ursprung. Ohne ein Gesetz fiel die Entscheidung somit dem König, der die Konstitution erlassen hatte, zu. Wilhelm I. wollte schon abdanken, als er keinen Minister fand, der gegen das Abgeordnetenhaus auf Basis der Lückentheorie handeln wollte. Doch konnte Roon die Einstellung Bismarcks gegen die Bedenken der Königin Augusta und Wilhelms I. durchsetzen. Roon und Bismarck waren befreundet und als Roon die Gelegenheit sah, sandte er daher zur rechten Zeit ein Telegramm zu Bismarck nach Paris, der dort bisher als preußischer Gesandter tätig war. Auf Grund des Verfassungskonflikts wurde Bismarck am 23. September 1862 zum preußischen Ministerpräsidenten ernannt. Bismarck wollte Machtvergrößerung Preußens durch elastische, prinzipienlose Politik über einen Appell an das Nationalgefühl Liberale wie Konservative für seine Ziele gebrauchen beziehungsweise sie sich untertan machen.

Doch der Konflikt zwischen König und Parlament spitzte sich weiter zu, bis das Parlament 1863 wieder aufgelöst wurde und neue Pressezensurgesetze in Kraft traten.

Bismarck war bereits im preußischen Landtag und als Vertreter Preußens im Paulskirchenparlament aktiv. Seine Ziele waren primär der Erhalt der ständisch-patriarchalischen Ordnung und damit die Stärkung des monarchischen Prinzips. Parlamentarismus sollte abgewehrt werden, während sich die bürgerlich liberalen Kräfte kompromisslos unterzuordnen hatten. Um dennoch den Zuspruch der Liberalen zu erhalten, sollten auf den wirtschaftlichen und nationalen Gebieten Zugeständnisse erfolgen.

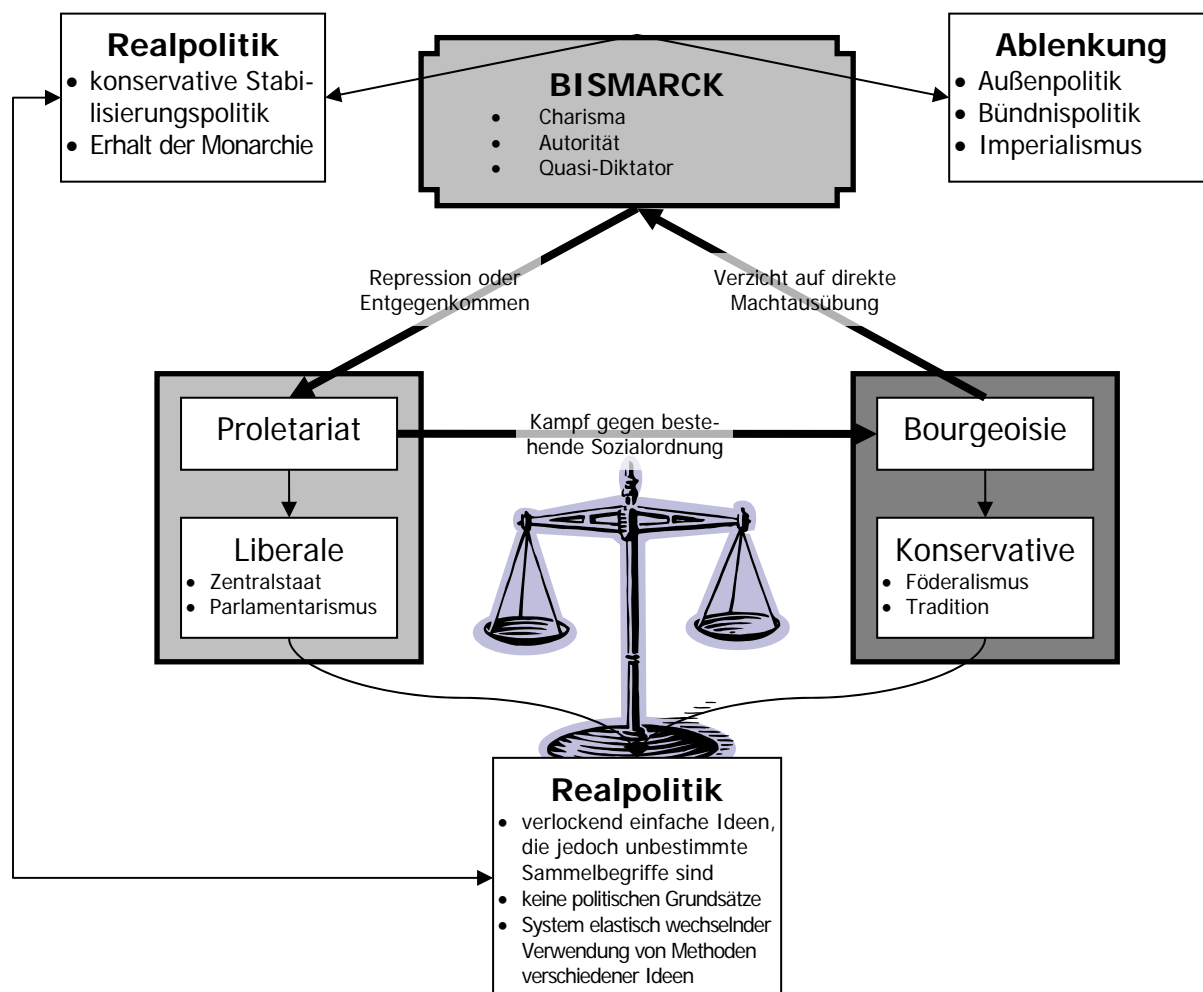
Bismarck, der „Eiserne Kanzler“, ist als hochkonservativer Parteipolitiker einzustufen, der gleichzeitig Vertreter eines parteipolitisch-parlamentarischen Systems war. Der nationale Gedanke sollte durch Ordnung, Machtausstrahlung und militärische Sicherheit gestärkt werden. In der Realität entsprach eine Regierung und Volksvertretung durch einen einzigen Monarchen nicht mehr dem allgemeinen Volkswillen. Deshalb einte Bismarck in der Verfassung von 1871 die Bevölkerung und Industriegesellschaft durch den Nationalstaat, der weniger ein parlamentarisch organisierter Parteienstaat war sondern vielmehr ein gezieltes System zur Kontrolle reaktionärer Kräfte im Bismarck'schen Obrigkeitsstaat.



23. Bismarck'scher Bonapartismus

Der Begriff des Bonapartismus wurde sinngemäß durch Karl Marx mit seiner Schrift „Der achtzehnte Brumaire des Louis Napoléon“ als Herrschaftsstil eingeführt, jedoch erst durch Lenin ausdrücklich als Bezeichnung für die Kerenski-Regierung genannt. Bonapartismus beinhaltet den Verzicht der Macht derer, die sie innehaben, also Bourgeoisie, zugunsten einer autoritären Herrschaft, die sie begünstigt. Dabei verzichtet die Bourgeoisie z.B. auf politische Herrschaft und politische Repräsentation.

Auch Bismarck wandte Bonapartismus an, indem er Liberale wie Konservative in seine Politik einbezog¹⁰.



24. Handelsverträge

Im März 1862 schloss die preußische Regierung einen Handelsvertrag mit Frankreich und war damit, durch ein Abkommen vom Jahre 1860 zwischen England und Frankreich, auch mit England verbunden. Während Gutsbesitzer dies begrüßten, waren Eisen- und Textilindustrie auf Grund der Konkurrenzgefahr dagegen. Nachdem die Mittel- und Kleinstaaten zeitweise ebenfalls dagegen waren, schlossen sie sich schließlich, angesichts der prosperierenden Wirtschaft in Preußen, dem Handelsvertrag an.

¹⁰ Bismarck: "Wenn man sagt, dass man einer Sache grundsätzlich zustimmt, so bedeutet es, dass man nicht die geringste Absicht hat, sie in der Praxis durchzuführen."

25. Der Deutsch - Dänische Krieg 1864

Um seine Ziele über einen Appell an das Nationalgefühl zu erreichen, bediente sich Bismarck der Schleswig-Holstein-Frage, die spätestens seit dem Vertrag von Malmö einen deutschen Annexionswunsch seitens der deutschen sowie der schleswig-holsteinischen Bevölkerung in sich barg. Als Christian IX., König von Dänemark, Schleswig 1863 mit in eine Verfassung band, Holstein jedoch ausschloss, verstieß er damit gegen die Grundlage des Londoner Protokolls¹¹. Weiterhin lehnte er das im Januar 1864 von Preußen und Österreich gestellte Ultimatum unter der Hoffnung auf englische Truppen ab. Weil sich diese Hoffnung nicht erfüllte, musste Dänemark im Oktober 1864 im Friedensvertrag von Wien auf die Herzogtümer Schleswig, Holstein und Lauenburg verzichten. Diese unterstanden fortan einer preußisch-österreichischen Doppelherrschaft, was bald zu Konflikten führte. In der Gasteiner Konvention vom 14. August 1865 übernahm Preußen in Schleswig und Österreich in Holstein die Verwaltung während die gemeinsame Oberhoheit beider Herzogtümer erhalten blieb. Weiterhin wurde Lauenburg als Kriegsentschädigung an Preußen annektiert. Der außenpolitische Erfolg Bismarcks steigerte parteiübergreifend Preußens Prestige.

26. Der Deutsche Krieg von 1866

Bis Ende Februar 1866 erkannten Preußen und Österreich, dass es ohne Krieg keine Einigung in der Schleswig-Holstein-Frage geben würde. Durch die in zwischen in Preußen ausgeführten Heeresreformen und die Einführung des Zündnadelgewehrs, waren die Voraussetzungen für einen Sieg gut. Dazu kam, dass Preußen über ein dichteres Eisenbahnnetz verfügte, daher noch weit nach der Mobilmachung Österreichs beginnen und somit die Schuld für den Kriegsausbruch Österreicht anlasten konnte.

Weiterhin traf Bismarck nach der Sitzung des preußischen Kronrates am 28. Februar 1866 diplomatische Vorbereitungen: Seit 1863 bestanden gute Beziehungen zu Russland. England hielt sich wegen des Scheiterns des Londoner Protokolls zurück. Frankreich wollte Preußen und Österreich gegeneinander aufbringen um danach eine eindrucksvolle Schiedsrichterrolle einzunehmen, die durch Gebiete des linken Rheinufer belohnt würde. Bismarck ließ Napoleon III. nicht mehr als die Hoffnung darauf bestehen.

Preußen schloss am 8. April 1866 ein Kriegsbündnis mit Italien gegen Österreich. Während Bismarck eine kleindeutsche Lösung unter Preußen anstrebte, forderte Österreich die großdeutsche Lösung (Frankfurter Fürstentag 1863). Nachdem es also in der Schleswig-Holstein- und der Deutschland-Frage zu keiner Einigung kam, folgte der Deutsche Krieg, den Österreich in der Schlacht von Königgrätz verlor. Um Frankreich als Schiedsrichter zurückzuhalten, beendete Bismarck den Krieg ohne weitere Gebietsreparationen, außer der vertraglich fixierten italienischen Abtretung Venetiens an Preußen. Auf den Frieden von Prag am 23. August 1866, in dem Österreich einer von Preußen geführten Neuordnung zustimmen musste, folgten Annexionen in Norddeutschland: Die Monarchen von Hannover, Kurhessen und Nassau wurden abgesetzt, die Gebiete annektiert. Ebenfalls wurden die Elbherzogtümer sowie die Freie Stadt Frankfurt angegliedert.

¹¹ Der am 8. Mai 1852 von den europäischen Großmächten geschlossene Vertrag sollte die dänische Thronfolge und die Schleswig-Holstein-Frage regeln; 2. Londoner Protokoll

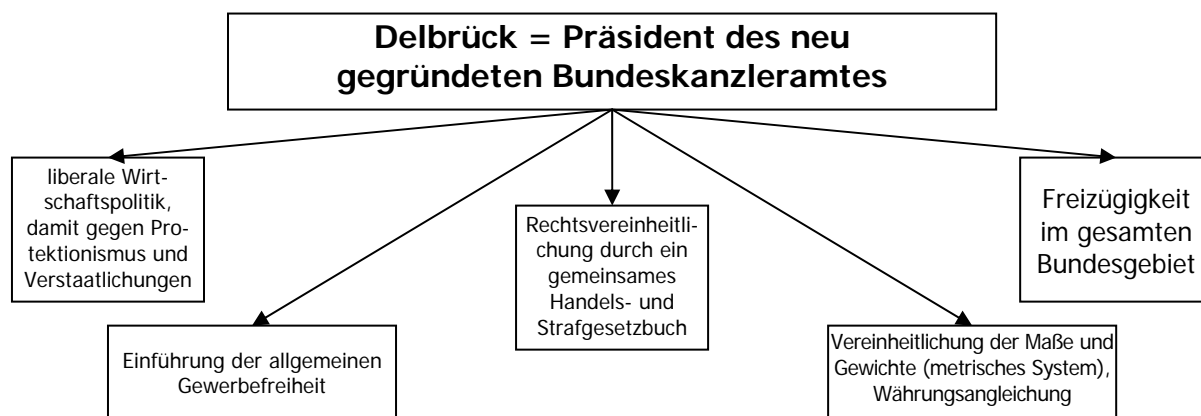
27. Norddeutscher Bund

Im Zuge der Neuorganisation der deutschen Verhältnisse, schlossen sich Preußen mit den übrigen Kleinstaaten nördlich des Mains zum Norddeutschen Bund zusammen. Dieser stellt einen Staatenbund unter Wahrung der Einzelsouveränitäten dar. Einerseits wollte Bismarck die süddeutschen Staaten aus Rücksicht auf Frankreich nicht aufnehmen. Andererseits schloss er mit ihnen Geheimbündnisse für den Fall eines Angriffs durch Frankreich, die süddeutsche Heeresreformen nach preußischem Vorbild zur Folge hatten. Am 1. Juli 1867 trat die Verfassung des Norddeutschen Bundes in Kraft.

Nachdem Bismarck nun durch außenpolitische Erfolge den Appell an das Nationalgefühl der Bevölkerung weckte, begann er den parlamentarischen Konflikt durch eine nachträgliche Billigung des Budgets für die vergangenen Jahre beizulegen. Da die preußische Verfassung nicht auf die Zustimmung des Parlaments angewiesen war, befürworteten die Abgeordneten jede Indemnitätsvorlage um politischen Einfluss zu behalten.

28. Die Ära Delbrück (1867 - 1876)

Rudolf von Delbrück (1817 - 1903) war ein preußischer und deutscher Politiker. Er wirkte besonders bei der Ausweitung des Deutschen Zollvereins mit und förderte den Handelsvertrag mit Frankreich von 1862 und andere Handelsverträge mit Belgien und Italien. Grundsätzlich vertrat Delbrück eine liberale Wirtschaftspolitik und das wirtschaftliche Wachstum zu fördern. Unter anderem wollte er damit die Vorherrschaft Preußens über Österreich sichern. Seit 1867 belegte er das Amt des Präsidenten des neugegründeten Bundeskanzleramtes, in dieser Funktion galt er als die „rechte Hand“ Bismarcks. Er führte auch Verhandlungen, die die Gründung des Deutschen Reichs 1871 ermöglichten. Fortan verschlechterte sich die Beziehung zwischen Bismarck und Delbrück, da Bismarck für Protektionismus und Verstaatlichungen war, Delbrück hingegen den Liberalismus favorisierte. Als der Plan Bismarcks, die Eisenbahnen zu verstaatlichen, Delbrück bekannt wurde, trat er von seinem Amt zurück. Dieser Bruch steht als Pars pro toto im Bruch zwischen Bismarck und den Liberalen: Zwischen 1876 und 1878 weitete sich der Streit zur Kanzlerkrise aus. Weiterhin sicherte sich Delbrück die Mehrheit in einem Wahlkreis und kämpfte so weiterhin als Mitglied des Reichstags nun fraktions-, erfolgs-, und machtlos gegen Protektionismus, Sozialistengesetze und die Sozialgesetzgebung.

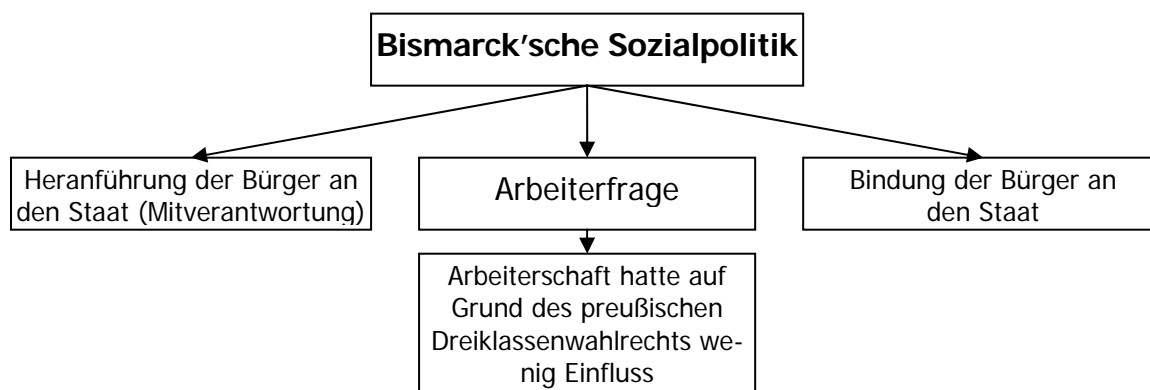


29. Der Deutsch-Französische Krieg

In Spanien sagte der Erbprinz Leopold aus der katholischen Linie Hohenzollern-Sigmaringen der Thronfolge zu. Bismarck stimmte dem zu und veranlasste Wilhelm I. zur Genehmigung. Nachdem dies in Paris bekannt wurde, konnte Frankreich zunächst die Absage Leopolds an die Thronfolge erreichen. Es hatte auf Grund der Umklammerung durch das Haus der Hohenzoller eine Wiederherstellung des Reiches Karls V. zu befürchten. Sodann verlangte Frankreich zusätzlich eine Versicherung Wilhelms I. die Kandidatur Leopolds zu missbilligen. König Wilhelm I. weigerte sich jedoch am 13. Juli 1870 in einem Telegramm an Bismarck (Emser Depesche) dieser Forderung nachzugeben. Bismarck hingegen veröffentlichte das Telegramm in gekürzter und damit in verschärfter Form. Bereits am 19. Juli 1870 erklärte Frankreich Preußen darauf den Krieg. Während Napoleon III. auf französischer Seite die Führung übernahm, leitete Moltke auf preußischer Seite zusammen mit den süddeutschen Bündnispartnern die deutschen Armeen. Am 2. September 1870 kapitulierten die französischen Truppen unter MacMahon bei Sedan. Napoleon III. wurde gefangen genommen und nach Schloß Wilhelmshöhe bei Kassel verwiesen. Dieser Tag wurde zum Nationalfeiertag im deutschen Kaiserreich. Bismarck befürchtete eine englisch-russische Intervention und beendete den Krieg trotz erbittertem Widerstand der französischen Heere. Elsass-Lothringen wurde ohne Zustimmung der Einwohner dem neuen Deutschen Kaiserreich einverleibt. Dem „Vorfriede von Versailles“ vom 26. Februar 1871 folgte der offizielle „Friede von Frankfurt“ am 10. Mai 1871.

30. Bismarck'sche Sozialpolitik

Mit Beginn des 19. Jahrhunderts startete zugleich die industrielle Entwicklung. Mit ihr veränderte sich die feudale Agrargesellschaft zur modernen städtischen Industriegesellschaft. Während reiche Kapitalisten das Proletariat ohne Rücksicht auf dessen Gesundheit zu Gunsten eines immer höheren Gewinns ausbeuteten, verarmten Arbeiter und deren Familien. Viele Landarbeiter zogen in die Städte und gerieten in große Abhängigkeit von lokalen Arbeitgebern und der inländischen Konjunkturkurve. Damit entstanden viele soziale Probleme, mit der die traditionelle Armenfürsorge überfordert war. Um diese soziale Frage und den politischen Druck der Arbeiter zu lösen sowie direkte Eingriffe in die innerbetriebliche Gestaltung zu vermeiden, musste der Staat Sozialpolitik betreiben. So führte Otto von Bismarck das System der Sozialversicherungen (Kranken-, Invaliden-, Renten-, Unfallversicherung) ein. Die Beiträge sollten Arbeitnehmer und Arbeitgeber paritätisch einzahlen.



31. Die Gründung des Deutschen Reiches

Noch während des Deutsch-Französischen Krieges wurde am 1. Januar 1871 mit Hessen-Darmstadt, Baden, Württemberg, am 1. Februar 1871 mit Bayern, eine Modifizierte Verfassung des Norddeutschen Bundes beschlossen. Am 10. Dezember 1870 beschloss der Norddeutsche Reichstag den Norddeutschen Bund in „Reich“ umzubenennen und dem König den Kaisertitel zu geben. In dem Schlussakt, der Zeremonie am 18. Januar 1871 im Spiegelsaal von Versailles, proklamierte Wilhelm I., er sei dem „Rufe der verbündeten deutschen Fürsten und Städte“ gefolgt und habe die „Deutsche Kaiserwürde“ angenommen.

Der fortwährende Konflikt mit Frankreich über die Annexion Elsass-Lothringens und der Verlust der polnischen Nationalität führten zu einer Verschlechterung der außenpolitischen Lage des Deutschen Reiches. Innenpolitisch konnte eine neue Kreisordnung durchgesetzt werden.

32. Der Kulturkampf

Der Kulturkampf bezeichnet zunächst eine Auseinandersetzung ab 1871 bis 1887 zwischen der katholischen Kirche, mit Papst Pius IX., und dem Königreich Preußen, später Deutsches Reich, mit Reichskanzler Otto von Bismarck. Ferner bedeutete dieser Streit einen innenpolitischen Präventionskrieg gegen die Zentrumsparterie und deren Anhänger zugunsten der Staatsmacht.

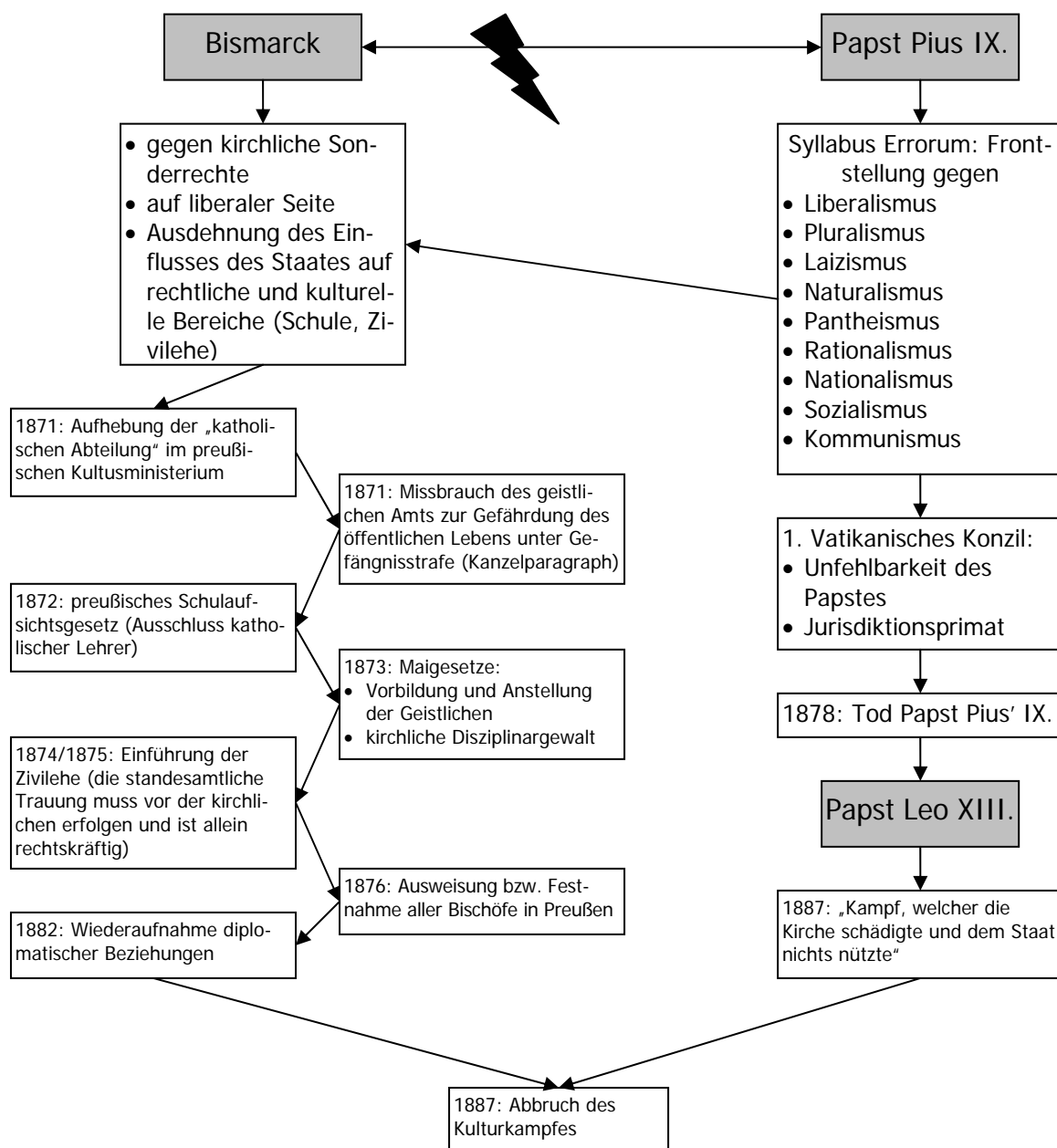
Der Verlauf des Kampfes beginnt im Jahre 1864 mit der Veröffentlichung der Schrift „Syllabus Errorum“ von Papst Pius IX, in der philosophische Vorstellungen wie Naturalismus, Pantheismus, Rationalismus, Sozialismus, Kommunismus, Nationalismus und Liberalismus abgelehnt und verboten wurden. Ferner wurde der Papst im Ersten Vatikanischen Konzil 1870 auf den Gebieten des Glaubens und der Sitte für unfehlbar erklärt; er sollte laut der dogmatischen Definition vom Jurisdiktionsprimat alleiniges rechtliches Oberhaupt aller Bischöfe sein. Alle Katholiken, die dies nicht anerkannten wurden exkommuniziert. Da Professoren sowohl katholisch als auch Staatsdiener waren, wurde die Kompetenz des Staates getroffen. Bismarck sah besonders in Posen und Westpreußen die polnische Nationalität durch die katholische Kirche gefördert. Da die katholischen Einrichtungen die Kompetenzen hatten, dies durchzuführen, mussten sie bekämpft werden zu können aufgelöst werden.¹² So wurde die katholische Abteilung am 8. Juni 1871 aufgelöst, da Bismarck einen strengen Laizismus, also die Trennung von Staat und Kirche forderte. Am 10. Dezember 1871 trat der Kanzelparagraph¹³ in Kraft. Damit sollten Geistliche nicht mehr über staatliche Vorgänge predigen oder erörtern dürfen. Im Jahre 1872 wurden alle Schulen, also auch z.B. Jesuitenschulen, unter staatliche Aufsicht gestellt. Mit Bismarcks Reichstagsrede und dem Satz „Seien Sie außer Sorge, nach Canossa

¹² Bismarck: "In Posen und Westpreußen waren nach Ausweis amtlicher Berichte Tausende von Deutschen und ganze Ortschaften, die in der vorigen Generation amtlich deutsch waren, durch die Einwirkung der katholischen Abteilung polnisch erzogen und amtlich "Polen" genannt worden. Nach der Kompetenz, welche der Abteilung verliehen worden war, ließ sich ohne Aufhebung derselben hierin nicht abhelfen. Diese Aufhebung war also nach meiner Überzeugung als nächstes Ziel zu erstreben."

¹³ "Ein Geistlicher ..., welcher ... die Angelegenheiten des Staates in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise zum Gegenstande einer Verkündigung oder Erörterung macht, wird mit Gefängnis oder Festungshaft bis zu zwei Jahren bestraft."

gehen wir nicht - weder körperlich noch geistig.“ wurden die Beziehungen mit der katholischen Kirche abgebrochen. Im Mai 1873 traten die Maigesetze in Kraft, welche vorsahen, dass Geistliche für ein Amt ein staatliches Kultur-examen ablegen und sich beim Staat melden müssen. Strafen seitens der Kirche konnten durch ein Berufungsverfahren bei einem staatlichen Gericht aufgehoben werden. Weiterhin wurde der Kirchenaustritt erleichtert. Im Jahre 1874 wurde die Zivilehe eingeführt, und ein Jahr später der Entzug der staatlichen Zuwendung an die Kirche. Im Jahre 1876 wurden in Preußen alle Bischöfe festgenommen oder ausgewiesen, worauf die Zentrumspar-tei ihre Wähler verdoppeln konnte. Nach dem Tod Pius' IX. im Jahre 1878 erließ Bismarck, nachdem seit 1882 wieder diplomatische Beziehungen gepflegt wurden, Friedensgesetze. Papst Leo XIII. erklärte am 23. Mai 1887 den „Kampf, welcher die Kirche schädigte und dem Staat nichts nützte“ für beendet.

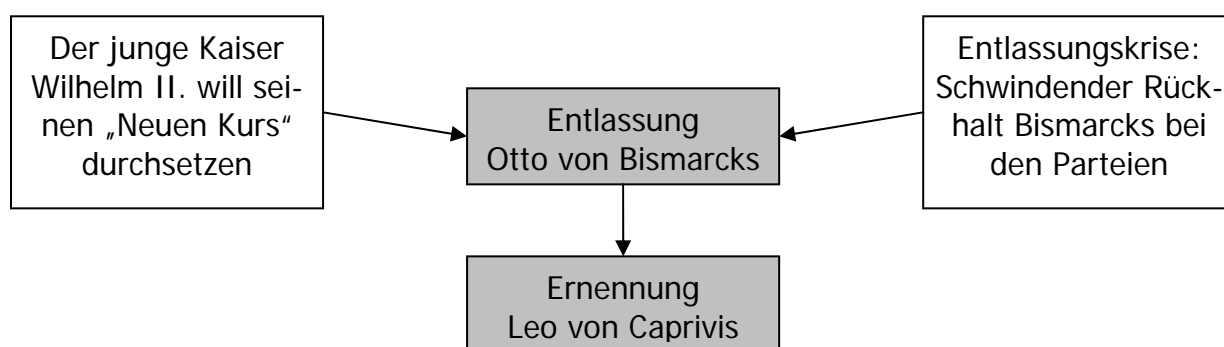
Während das Jesuitengesetz 1917 und der Kanzelparagraph 1953 wieder aufgelöst wurden, blieben das Schulaufsichtsgesetz und die Zivilehe bis heute erhalten.



33. Entlassung Bismarcks

Im Jahre 1890 wurde Bismarck auf Grund seines Vorhabens, das Sozialistengesetz gegen die wachsende Wählerschaft der Sozialdemokraten zu verschärfen, entwürdigend entlassen. Ein weiterer Grund war der Streit zwischen Bismarck und Wilhelm II. über die Machtbefugnisse.

Georg Leo Graf von Caprivi de Caprera de Montecuccoli wurde Bismarcks Nachfolger bis 1894. Er sollte den „neuen Kurs“ Wilhelms II. sowohl innen- als auch außenpolitisch durchsetzen. Durch seinen Sansibar-Vertrag verfeindete er sich mit den Kolonialisten und durch das Freihandelsabkommen mit den konservativen Landwirtschaftskreisen. Durch das ungehinderte Auslaufen des Rückversicherungsvertrages mit Russland wurde das Bismarck'sche Bündnissystem unwiderruflich gestört.



34. Der Panslawismus

Der Panslawismus entstand am Anfang des 19. Jahrhunderts als eine gemeinsame Bewegung der slawischen Völker in Österreich und im Osmanischen Reich. Ziel war es sowohl auf kultureller als auch auf politischer Ebene eine Einheit zu bilden. Nach dem ersten Slawenkongress 1848 in Prag, der vom Austroslawismus, der Slawenbewegung in Österreich, geprägt war, kam es zum Prager Pfingstaufstand gegen die österreichische Vorherrschaft in Böhmen. Der Aufstand wurde von österreichischen Truppen niedergeschlagen. Der polnische Messianismus beinhaltet Polen als einzig wahren Vertreter des slawischen Sendungsbewusstseins. Russland benutzte den Panslawismus, unter Missbilligung des Messianismus, als Grund für ein Vordringen zum Balkan, besonders in Serbien, und nach Istanbul. In diesem Zusammenhang wurde die Walachei 1880 zum Konfliktherd zwischen Österreich und Russland.

Im Jahre 1878 spricht sich Bismarck auf dem Berliner Kongreß gegen die Slawenbewegung und für Germanisierungspolitik aus. Österreich verliert durch die Austretungswünsche der slawischen Länder, z.B. Ungarn, Tschechien und Polen, aus dem Vielvölkerstaat an Stabilität.

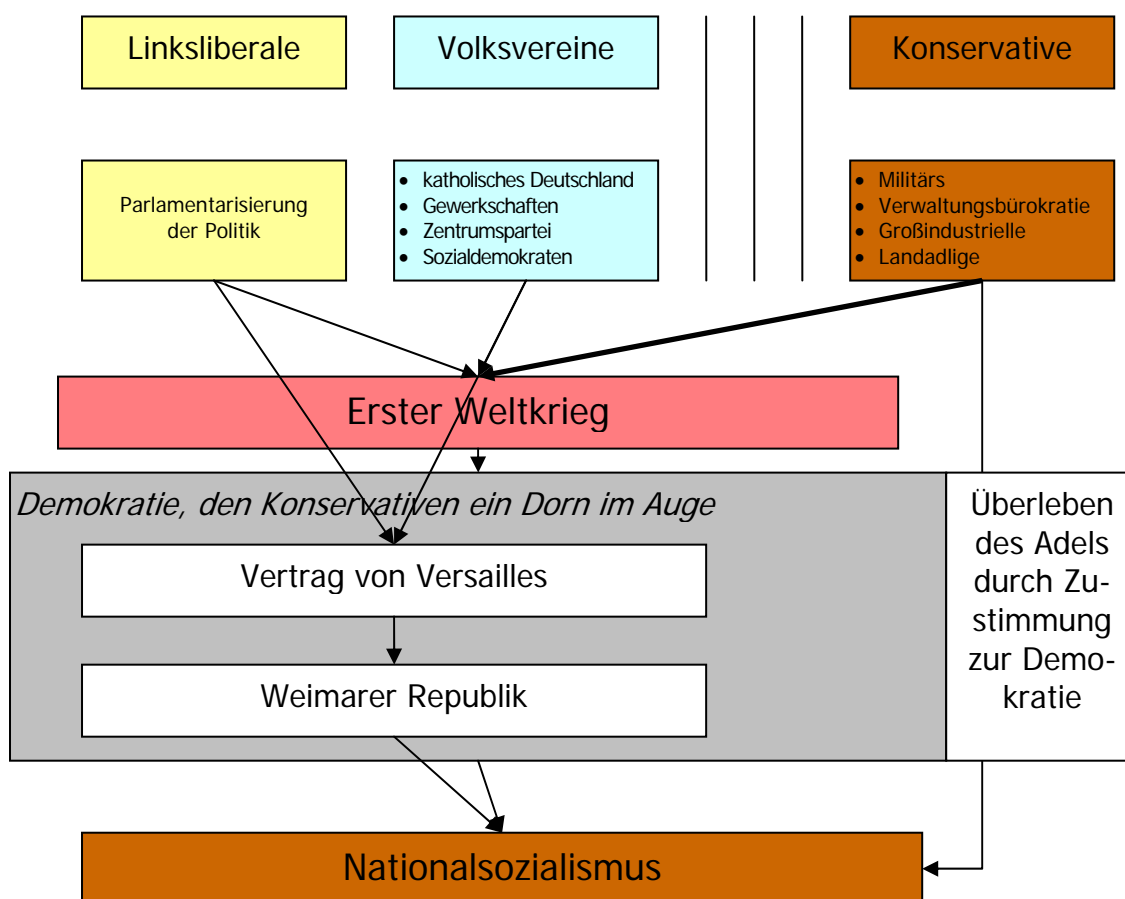
Die theoretische Grundlage dieser Bewegung, „Rußland und Europa“, wurde 1871 von N. Danilewskij verfasst. Während der Illyrismus die Einigung der Südslawen anstrebte, versuchte nach 1900 der Neoslawismus zusammen mit Russland kulturelle und wirtschaftliche Interessen der Westslawen durchzusetzen.

35. Deutschland nach Bismarcks Entlassung

Der Ausbruch des Ersten Weltkrieges ist Symptom mehrerer Ursachen. Der Hauptaspekt liegt dabei auf dem russisch-französischen Bündnis, das durch die Nichterneuerung des Rückversicherungsvertrages zustande kam. Weiterhin begann Deutschland imperialistische Großmachtpolitik, die von einer umfassenden Aufrüstungsmaschinerie begleitet wurde. Damit stellte sich Deutschland auch durch fehlende Bereitschaft zur Verhandlung der Bestimmungen der Zweiten Haager Friedenskonferenz dem bündniswilligen England entgegen. Somit geriet Deutschland in eine außenpolitische Isolation, die Hass im Ausland und Nationalstolz im Innland provozierte.

Während Linksliberale und Volksvereine erst nach dem Ersten Weltkrieg an Macht gewannen, benutzten die konservativen Kräfte dies nur um einerseits für das Ausland einen Sündenbock bereitzustellen (s. Erzberger) und um selbst unbeschadet aus der Situation herauszukommen. Nachdem bis 1932 das außenpolitische Vertrauen größtenteils wiederhergestellt war, wagten die Konservativen ihre Macht auszubauen und in einem Punkt zu konzentrieren.

Nachdem Ersten Weltkrieg, zudem hauptsächlich die konservativen, preußischen Kräfte beigetragen haben, hatten die Konservativen durch die Niederlage keine Machtposition mehr. Somit war der politische Raum für demokratische Strömungen frei. Nach der Gescheiterten Weimarer Republik änderte sich der Zustand: Als die demokratischen Kräfte jedoch wenig Erfolg zeigten (s. Wirtschaftskrisen, zunehmende Radikalisierung der Wahlkämpfe), da die junge Demokratie im Volk noch nicht verwurzelt war, eröffnete sich der Raum wiederum für die Konservativen. Der Machtausbau, der vor dem Ersten Weltkrieg begonnen worden war, wurde nun fortgesetzt.



36. Könige in Preußen (seit 1772 von Preußen)

Hohenzollern

1701 - 1713	Friedrich I. (bis 1701 Kurfürst Friedrich III.)
1713 - 1740	Friedrich Wilhelm I.
1740 - 1786	Friedrich II., der Große
1786 - 1797	Friedrich Wilhelm II.
1797 - 1840	Friedrich Wilhelm III.
1840 - 1861	Friedrich Wilhelm IV.
1861 - 1888	Wilhelm I. (ab 1871 Deutscher Kaiser)
1888 - 1888	Friedrich III.
1888 - 1918	Wilhelm II.

37. Deutsche Reichskanzler

21.3. 1871 bis 20.3. 1890	Fürst Otto von Bismarck
20.3. 1890 bis 26.10. 1894	Graf Leo von Caprivi
29.10. 1894 bis 17.10. 1900	Fürst Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingfürst
17.10. 1900 bis 14.7. 1909	Fürst Bernhard von Bülow
14.7. 1909 bis 13.7. 1917	Theobald von Bethmann Hollweg
14.7. 1917 bis 1.11. 1917	Georg Michaelis
1.11. 1917 bis 30.9. 1918	Graf Georg von Hertling
3.10. 1918 bis 9.11. 1918	Prinz Max von Baden

38. Quellenangaben

- <http://www.preussenweb.de/prgesch2.htm>
- <http://www.preussenweb.de/prgesch3.htm>
- Das Lexikon der Weltgeschichte.
Von der Steinzeit bis zur Gegenwart
Sonderausgabe für die ADAC Verlag GmbH, München 1998
- Geschichte Politik und Gesellschaft. Band 1
Cornelsen Verlag Hirschgraben, Frankfurt am Main 1988
- <http://www.nndb.com/people/912/000094630/bleucher-1-sized.jpg>
- http://www.blb-karlsruhe.de/blb/images/2005/wiener_kongress.jpg
- http://upload.wikimedia.org/wikipedia/de/0/09/Zug-zum-hambacher-schloss_1-1200x825.jpg
- <http://www.wikipedia.de>
- <http://www.dhm.de>